Stand: 27.04.2024 02:43:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/371

"Haushaltsplan 2009/2010;
hier: ÖPNV-Busförderung
(Kap. 07 05 neuer Tit.)"

Vorgangsverlauf:

1. Änderungsantrag 16/371 vom 04.02.2009
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/951 des HA vom 10.03.2009
3. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 01.04.2009 (EPL 07)

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/371
04.02.2009

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Adelheid Rupp, Dr. Paul Wengert, Annette Karl, Florian Ritter**, Susann Biedefeld, Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Simone Strohmayr **SPD**

Haushaltsplan 2009/2010;
hier: ÖPNV-Busförderung
(Kap. 07 05 neuer Tit.)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Freistaat Bayern fördert die Beschaffung neuer Omnibusse für Kommunen und private Unternehmen wieder mit jeweils 30 Mio. Euro in den Jahren 2009 und 2010. Die Mittel werden im Kap. 07 05 in einen eigenen neuen Tit. eingestellt.

Begründung:

Mit einem Ansatz von 30 Mio. Euro pro Haushaltsjahr in einem eigenen Titel werden die dringend erforderlichen Mittel transparent und in zweckmäßiger Höhe in den Doppelhaushalt eingestellt. Die Fahrzeugförderung für die rd. 980 Nahverkehrsunternehmen in ländlichen und städtischen Räumen in Bayern wird dadurch wieder ermöglicht. 2006 förderte der Freistaat Bayern die Beschaffung neuer Omnibusse noch mit insgesamt 56 Mio. Euro. Die Wiedereinführung der Busförderung mindestens in diesem finanziellen Rahmen und der Wegfall der Einschränkung auf Gemeinden und Gemeindeverbünde als Förderungsempfänger ist nicht nur eine effiziente Maßnahme des Klimaschutzes, sondern auch als regionalpolitische Maßnahme zur Sicherung des ÖPNV in der Fläche zwingend. Wer der immer stärker werdenden Landflucht in den einwohnerschwachen, ländlichen Regionen entgegenwirken will, muss Sorge tragen, dass der ÖPNV auch in der Fläche eine Zukunft auf hohem Niveau hat. Fördergelder für die Busunternehmen zur Anschaffung neuer Fahrzeuge dienen auch der erhöhten Sicherheit der Fahrgäste. Mit dem Mittelansatz könnten wieder ca. 100 neue und moderne ÖPNV-Busse bezuschusst und beschafft werden und der Fahrzeugpark würde sein hohes technologisches Niveau behalten. Diese Fördergelder helfen aber auch beim Kampf gegen die drohende wirtschaftliche Rezession, von der vor allem die Fahrzeughersteller betroffen sind.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/951
10.03.2009

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Berichterstatter: **Karsten Klein**
Mitberichterstatter: **Florian Ritter**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

Bei Kap. 07 04 (Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung) wird der Ansatz bei

1. Tit. 883 72 (Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände)
   für 2009
   von 1.875.000,-- €
   um 1.000.000,-- €
   auf 2.875.000,-- €
   erhöht,

2. Tit. 892 72 (Zuschüsse an private Unternehmen)
   für 2009
   von 55.400.000,-- €
   um 5.000.000,-- €
   auf 60.400.000,-- €
   erhöht,

3. Tit. 686 78 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Fremdenverkehrswerbung und für Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs)
   für 2009
   von 8.000.000,-- €
   um 400.000,-- €
   auf 8.400.000,-- €
   erhöht und

4. Tit. 892 78 (Zuschüsse an private Unternehmen)
   für 2009
   von 10.200.000,-- €
   um 1.600.000,-- €
   auf 11.800.000,-- €
   erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 07 03 und 07 04 entsprechend der **Nachschubliste** der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge e r l e d i g t :

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm (Kap. 07 04 TG 72)
   Drs. 16/372

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm (Kap. 07 04 TG 72) Breitband
   Drs. 16/373

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs einschließlich Saisonverlängerung (Kap. 07 04 TG 78)
   Drs. 16/374

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung
   (Kap. 07 04 Tit. 892 72)
   Drs. 16/360

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Erhöhung der Mittel für private Unternehmen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung
   (Kap. 07 04 TG 72 Tit. 892 72)
   Drs. 16/361

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Breitbandausbau in ganz Bayern beschleunigen
   (Kap. 07 04 neue TG 73 "Breitbandförderung")
   Drs. 16/362

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Programm zur Umstellung von elektrischen Nachtspeicherheizungen auf moderne Heiztechnik und/oder erneuerbare Energien
   (Kap. 07 05 neuer Tit.)
   Drs. 16/363

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens beenden
   (Kap. 07 05 neue TG 74)
   Drs. 16/364

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Zuschüsse zur Förderung der rationellen Energiegewinnung und -verwendung
   (Kap. 07 05 Tit. 893 75)
   Drs. 16/365

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Abdeckung der Risiken von Fehlbohrungen bei der Nutzung der Erdwärme
   (Kap. 07 05 Tit. 892 76)
   Drs. 16/366

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Abdeckung der Risiken von Fehlbohrungen bei der Nutzung von Erdwärme
   (Kap. 07 05 Tit. 892 76)
   Drs. 16/370

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Unterstützung von Kommunen bei Wiederinbetriebnahme und Erhaltung von Kleinwasserkraftwerken
   (Kap. 07 05 Tit. 893 76)
   Drs. 16/367

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2009/2010;
    hier: Erhöhung der Zugbestellungen zur Erhöhung der Taktdichten im Schienenpersonennahverkehr
    (Kap. 07 07 Tit. 682 03, Kap. 07 05 TG 71 - 72)
    Drs. 16/368

Folgende Anträge werden für e r l e d i g t erklärt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Dr. Paul Wengert, Annette Karl u.a. SPD
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Regionales Wirtschaftsförderprogramm insgesamt und speziell Erhöhung der Mittel für die Breitbandversorgung im ländlichen Raum
   (Kap. 07 04 TG 72 insbesondere auch Tit. 883 72)
   Drs. 16/369

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Dr. Paul Wengert, Annette Karl u.a. SPD
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: ÖPNV-Busförderung
   (Kap. 07 05 neuer Tit.)
   Drs. 16/371

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 07 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.

2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 07 in seiner 9. Sitzung am 11. Februar 2009 und in seiner 20. Sitzung am 10. März 2009 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   SPD: Ablehnung
   FW: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FDP: Zustimmung

   mit den in I. enthaltenen Änderungen
   Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2009/2010

zum

Entwurf des Einzelplans 07

Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur,
Verkehr und Technologie

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 31-0 169	Einnahmen aus der Verzinsung von Rückforderungen nach dem ZuInvG *An den Bund abzuführende Zinsen sind von der Einnahme abzusetzen.*	A B		- - -	A B		- - -
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
334 31-9 169	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZuInvG (Berufliche Weiterbildung und Forschung) *Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen.* *Vgl. Vermerk bei TG 93 - 94 und 95 - 96.*	A B	 +19.256,0	19.256,0	A B	 +20.706,0	20.706,0
334 41-7 692	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZuInvG (Breitbandförderung, Tourismusinfrastruktur) *Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen.* *Vgl. Vermerk bei TG 97 - 98.*	A B	 +10.708,3	10.708,3	A B	 +10.708,3	10.708,3
	Gesamteinnahmen	A B	29.501,5 +29.964,3	59.465,8	A B	33.748,5 +31.414,3	65.162,8
	Ausgaben						
	Titelgruppen						
	51 - 52 Ausgaben zur Förderung des Handwerks *Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.* *Vgl. Vermerk zu 07 04/883 10 bis 883 29.*						
894 52-5 153	Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von handwerklichen Schulungsstätten *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 8.000,0* *Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 8.000,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren* *2010 Tsd. EUR 2.000,0* *2011 Tsd. EUR 2.000,0* *2012 Tsd. EUR 2.000,0* *2013 Tsd. EUR 2.000,0* *Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 3.000,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	7.128,9 -1.642,0	5.486,9	A B	7.128,9 -1.642,0	5.486,9
	Summe der Titelgruppe	A B	26.328,9 -1.642,0	24.686,9	A B	26.328,9 -1.642,0	24.686,9

07 03
Allgemeine Wirtschaftsförderung

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 07 03 – Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG)

		Gesamt Tsd. EUR	**2009** Tsd. EUR	**2010** Tsd. EUR	**2011** Tsd. EUR	**TG / Tit.**
1.	Weiterbildung Handwerk	19.704,0	6.568,0	6.568,0	6.568,0	894 93
2.	Weiterbildung IHK	16.320,0	5.440,0	5.440,0	5.440,0	894 94
3.	KNM Bayreuth und Fürth	12.600,0	5.666,0	6.934,0	-	891 95
4.	ZAE	8.000,0	4.000,0	2.667,0	1.333,0	893 95
5.	IISB Erlangen und DLR Oberpfaffenhofen	13.867,0	4.000,0	6.000,0	3.867,0	893 96
6.	Breitbandförderung	25.000,0	12.500,0	12.500,0	-	883 97
7.	Tourismusinfrastruktur	3.500,0	1.333,3	1.333,3	833,4	883 98
Gesamtsumme ZuInvG		**98.991,0**	**39.507,3**	**41.442.3**	**18.041,4**	

Zu 07 03/894 52, **894 56, 893 60, 836 64, 891 64, 893 64 und 893 71**
Umschichtungen innerhalb des Regierungsentwurfs zur Kofinanzierung des Konjunkturpakets II.

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	55 - 59 Ausgaben zur Förderung der Wirtschaft *Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.* *Vgl. Vermerk zu 07 04/883 10 bis 883 29.*						
894 56-1 153	Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von Schulungsstätten für die Wirtschaft *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 3.000,0* *Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 3.000,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	4.320,0 -1.360,0	2.960,0	A B	4.320,0 -1.360,0	2.960,0
	Summe der Titelgruppe	A B	6.650,0 -1.360,0	5.290,0	A B	6.650,0 -1.360,0	5.290,0
	60 - 61 Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung *Titel der TG 60-61, TG 62-67, TG 68 und TG 69 gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.*						
893 60-6 165	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen im Bereich der Wirtschaftsforschung *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 1.100,0* *Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 1.100,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	3.320,0 -1.000,0	2.320,0	A B	3.320,0 -667,0	2.653,0
	Summe der Titelgruppe	A B	9.370,0 -1.000,0	8.370,0	A B	9.370,0 -667,0	8.703,0
	62 - 67 Ausgaben zur Förderung neuer Technologien und des Technologietransfers *Vgl. Vermerk zu TG 60 - 61, zu 07 04/883 10 bis 883 29 sowie zu 07 05 TG 75 - 76.*						
836 64-2 169	Kapitalzuführung an das Kompetenzzentrum Neue Materialien Nordbayern	A B	1.400,0 -1.000,0	400,0	A B	- - -	- - -
891 64-4 169	Zuschüsse an das Kompetenzzentrum Neue Materialien Nordbayern für Investitionen	A B	- - -	- - -	A B	2.100,0 -1.734,0	366,0
893 64-2 169	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen zur Durchführung des Aktionsprogramms "Neue Werkstoffe" *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 800,0* *Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 800,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	1.480,0 -416,0	1.064,0	A B	1.480,0	1.480,0
	Summe der Titelgruppe	A B	26.180,0 -1.416,0	24.764,0	A B	27.230,0 -1.734,0	25.496,0

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	71 - 75 Zuschüsse an Forschungseinrichtungen nach Maßgabe der Rahmenvereinbarungen Forschungsförderung gemäß Art. 91 b GG *Titel der Titelgruppen 71 bis 75: Gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 07 03/119 71.* **71 Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der Angewandten Forschung e.V., München** *Vgl. Vermerk zu TG 71 - 75.*						
893 71-3 164	Zuschüsse für Investitionen *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 6.000,0* *Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 6.000,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren* *2010 Tsd. EUR 2.500,0* *2011 Tsd. EUR 2.500,0* *2012 Tsd. EUR 1.000,0*	A B	4.774,9 -1.000,0	3.774,9	A B	6.561,9 -1.500,0	5.061,9
	Summe der Titelgruppe	A B	9.460,1 -1.000,0	8.460,1	A B	11.326,0 -1.500,0	9.826,0
	93 - 94 Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) - Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZuInvG (Berufliche Weiterbildung) *Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig. Bei Ausweitung des Programmvolumens einseitig deckungsfähig zu Lasten 07 03/894 52 und 894 56. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 31. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.*						
894 93-6 153	Zuschüsse an Einrichtungen der Weiterbildung des Handwerks nach dem ZuInvG *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 13.136,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	 +6.568,0	6.568,0	A B	 +6.568,0	6.568,0
894 94-5 153	Zuschüsse an Einrichtungen der Weiterbildung der Industrie- und Handelskammern und sonstige gemeinnützige Weiterbildungseinrichtungen nach dem ZuInvG *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 10.880,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	 +5.440,0	5.440,0	A B	 +5.440,0	5.440,0
	Summe der Titelgruppe	A B	0,0 +12.008,0	12.008,0	A B	0,0 +12.008,0	12.008,0

07 03
Allgemeine Wirtschaftsförderung

Erläuterungen

Zu 07 03/93-94
Die Mittel sind insbesondere vorgesehen für Umbau-, Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen von Weiterbildungseinrichtungen der Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammern sowie sonstigen überbetrieblichen Weiterbildungsstätten (insbesondere energetische Sanierung).

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	95 - 96 Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) - Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZuInvG (Forschung) *Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig. Bei Ausweitung des Programmvolumens einseitig deckungsfähig zu Lasten 07 03 TG 60 - 61, 62 - 67 sowie 71.* *Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 31.* *Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.*							
891 95-7 169	Zuschüsse an das Kompetenzzentrum Neue Materialien Nordbayern, Standorte Bayreuth und Fürth, nach dem ZuInvG *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 6.934,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	 +5.666,0	5.666,0	A B	 +6.934,0	6.934,0
893 95-5 169	Zuschüsse an das Bayerische Zentrum für Angewandte Energieforschung e. V. (ZAE Bayern) nach dem ZuInvG *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 4.000,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	 +4.000,0	4.000,0	A B	 +2.667,0	2.667,0
893 96-4 164	Zuschüsse an das Institut für Integrierte Systeme und Bauelemente-Technologie (IISB) in Erlangen (Elektromobilität) und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. Köln nach dem ZuInvG *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 9.867,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	 +4.000,0	4.000,0	A B	 +6.000,0	6.000,0
	Summe der Titelgruppe	A B	0,0 +13.666,0	13.666,0	A B	0,0 +15.601,0	15.601,0
	97 - 98 Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) - Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZuInvG (Breitbandförderung, Tourismusinfrastruktur) *Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig. Bei Ausweitung des Programmvolumens einseitig deckungsfähig zu Lasten 07 04/883 72 und 883 78.* *Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 334 41.* *Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.*							
883 97-5 692	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Breitbandförderung nach dem ZuInvG *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 12.500,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	 +12.500,0	12.500,0	A B	 +12.500,0	12.500,0

07 03
Allgemeine Wirtschaftsförderung

Erläuterungen

Zu 07 03/95-96
Mit den Mitteln sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

Am Kompetenzzentrum Neue Materialien Bayreuth erfolgen Anlageinvestitionen für zukunftsträchtige Leichtbau-Kunststofftechnologien, die von der Neue Materialien Bayreuth GmbH in enger Kooperation mit der Universität Bayreuth betrieben werden sollen. Am Kompetenzzentrum Neue Materialien Fürth wird eine Technikumshalle errichtet und mit Anlagen für die Umformung und Ausprägung von metallischen Werkstoffen ausgestattet, die von der Neue Materialien Fürth GmbH in enger Kooperation mit der Universität Erlangen-Nürnberg betrieben werden soll.

Am Zentrum für Angewandte Energieforschung Bayern (ZAE) besteht großer Bedarf an neuen Laborflächen. Im Zuge der derzeit laufenden Neubesetzung der Leitung des Standorts Erlangen gemeinsam mit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg wurden von Seiten der Universität bereits Flächen für entsprechende Baumaßnahmen reserviert.

Das Fraunhofer-Institut für Integrierte Systeme und Bauelemente-Technologie (IISB) in Erlangen ist im Bereich von elektrischen Fahrzeugantriebssystemen europaweit eine der führenden Forschungseinrichtungen. Für die weitere erfolgreiche Entwicklung dieses Bereiches ist ein Ausbau der Infrastruktur (Gebäude, technische Anlagen) vorgesehen.

Zu 07 03/97-98
Unter Nutzung der bereits eingerichteten Strukturen auf Landesebene dienen die Bundesmittel der Verstärkung des Landesprogramms zur Breitbandförderung unter Berücksichtigung der Anforderungen der EU an ein wettbewerbsorientiertes und technologieneutrales Vorgehen.

Im Rahmen der Richtlinie zur Förderung von Fremdenverkehrseinrichtungen öffentlicher Körperschaften (RÖFE) bilden die bayerischen Heilbäder einen besonderen Förderschwerpunkt (förderfähig sind u.a. der Neubau, die Erweiterung, die Generalinstandsetzung von touristischen Informationszentren, Kurparks, Sole- und Heilwasserleitungen, Tagungsräumen und Veranstaltungszentren; ferner die Generalsanierung und Modernisierung von Hallenbädern, Kongressgebäuden und Kur(mittel)häusern).

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
883 98-4 650	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Tourismusinfrastruktur nach dem ZuInvG *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 2.166,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	 +1.333,3	1.333,3	A B	 +1.333,3	1.333,3
	Summe der Titelgruppe	A B	0,0 +13.833,3	13.833,3	A B	0,0 +13.833,3	13.833,3
	Gesamtausgaben	A B	167.176,5 +33.089,3	200.265,8	A B	173.644,6 +34.539,3	208.183,9
	Abschluss						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	29.501,5 -	29.501,5	A B	33.748,5 -	33.748,5
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	0,0 +29.964,3	29.964,3	A B	0,0 +31.414,3	31.414,3
	Gesamteinnahmen	A B	29.501,5 +29.964,3	59.465,8	A B	33.748,5 +31.414,3	65.162,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	461,7 -	461,7	A B	461,7 -	461,7
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	130.507,1 -	130.507,1	A B	139.484,7 -	139.484,7
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	36.207,7 +33.089,3	69.297,0	A B	33.698,2 +34.539,3	68.237,5
	Gesamtausgaben	A B	167.176,5 +33.089,3	200.265,8	A B	173.644,6 +34.539,3	208.183,9
	Zuschuss	A B	137.675,0 3.125,0	140.800,0	A B	139.896,1 3.125,0	143.021,1

07 04 Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Titelgruppen						
	70 Sonderprogramm des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)						
119 70-0 692	Rückflüsse im Rahmen des Sonderprogramms des Bundes zur "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)	A B		- - -	A B		- - -
331 70-2 692	Zuweisungen des Bundes für das Sonderprogramm im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) *Vgl. Vermerk bei TG 70 (Ausgaben).*	A B	 +5.600,0	5.600,0	A B	 +2.800,0	2.800,0
	Summe der Titelgruppe	A B	0,0 +5.600,0	5.600,0	A B	0,0 +2.800,0	2.800,0
	Gesamteinnahmen	A B	61.729,2 +5.600,0	67.329,2	A B	87.917,9 +2.800,0	90.717,9
	Ausgaben						
	70 Sonderprogramm des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) *Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.* *Leistungen an Zuwendungsempfänger dürfen erst erfolgen, wenn der bei 331 70 zu vereinnahmende Bundesanteil eingegangen ist. Falls höhere Bundesmittel eingehen, erhöht sich die Ausgabebefugnis um das Doppelte der zusätzlich eingegangenen Bundesmittel. Die erforderlichen zusätzlichen Landeskomplementärmittel können aus TG 72 entnommen werden.*							
883 70-4 692	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	A B		- - -	A B		- - -
892 70-3 691	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 11.200,0* *Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2009 in Höhe von 11.200,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren* *2010 Tsd. EUR 5.600,0* *2011 Tsd. EUR 5.600,0*	A B	 +11.200,0	11.200,0	A B	 +5.600,0	5.600,0
	Summe der Titelgruppe	A B	0,0 +11.200,0	11.200,0	A B	0,0 +5.600,0	5.600,0

07 04
Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung

Erläuterungen

Zu 07 04/70
Im Rahmen des Maßnahmepakets zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung hat der Bund ein Sonderprogramm im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) für die Jahre 2009 bis 2011 beschlossen. Diese Mittel sind gesondert gegenüber dem Bund nachzuweisen. Hierzu dient die neu eingefügte Titelgruppe.
Die Kofinanzierung (2009 5.600,0 Tsd. EUR, 2010 2.800,0 Tsd. EUR) erfolgt durch Umschichtung zu Lasten 07 04/892 72.

07 04 Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	72 Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm *Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.* *Gegenseitig deckungsfähig mit TG 78.* *Vgl. Vermerke zu 883 01, 883 10 bis 883 29 sowie TG 70 und TG 71.* *Die Mittel sind übertragbar.*						
883 72-2 692	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände *Vermerk unverändert*	A B	5.000,0 -3.125,0	1.875,0	A B	- - -	- - -
892 72-1 691	Zuschüsse an private Unternehmen *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 46.000,0* *Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 41.600,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	61.000,0 -5.600,0	55.400,0	A B	66.000,0 -5.925,0	60.075,0
	Summe der Titelgruppe	A B	66.500,0 -8.725,0	57.775,0	A B	66.500,0 -5.925,0	60.575,0
	Gesamtausgaben	A B	205.096,4 +2.475,0	207.571,4	A B	211.285,1 -325,0	210.960,1
	Abschluss						
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	61.729,2 +5.600,0	67.329,2	A B	87.917,9 +2.800,0	90.717,9
	Gesamteinnahmen	A B	61.729,2 +5.600,0	67.329,2	A B	87.917,9 +2.800,0	90.717,9
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	267,2 -	267,2	A B	267,2 -	267,2
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	8.000,0 -	8.000,0	A B	8.000,0 -	8.000,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	196.829,2 +2.475,0	199.304,2	A B	203.017,9 -325,0	202.692,9
	Gesamtausgaben	A B	205.096,4 +2.475,0	207.571,4	A B	211.285,1 -325,0	210.960,1
	Zuschuss	A	143.367,2	140.242,2	A	123.367,2	120.242,2
	Überschuss	B	3.125,0		B	3.125,0	

07 04
Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung

Erläuterungen

Zu 07 04/883 72 und 892 72
Umschichtungen innerhalb des Regierungsentwurfs zur Kofinanzierung des Konjunkturpakets I (Sonderprogramm GRW 2009 5.600,0 Tsd. EUR, 2010 2.800,0 Tsd. EUR) und II (Breitbandförderung 2009 und 2010 je 3.125,0 Tsd. EUR).

Bei 07 04/892 72 stehen als Ausgleich zu den für die Breitbandförderung in 2010 herangezogenen Mitteln i.H.v. 3.125,0 Tsd. EUR im Jahr 2008 für die Breitbandförderung veranschlagte, aber nicht ausgegebene Mittel zur Verfügung.

Epl. 07 Epl. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2009 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2009 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2010 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2010 Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 07						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	99.950,3 -	99.950,3	A B	100.730,3 -	100.730,3
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.044.936,3 -	1.044.936,3	A B	1.064.465,3 -	1.064.465,3
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	61.729,2 +35.564,3	97.293,5	A B	87.917,9 +34.214,3	122.132,2
	Gesamteinnahmen	A B	1.206.615,8 +35.564,3	1.242.180,1	A B	1.253.113,5 +34.214,3	1.287.327,8
	Personalausgaben	A B	61.187,7 -	61.187,7	A B	62.909,1 -	62.909,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 650,0* *Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 450,0*	A B	80.987,3 -	80.987,3	A B	81.607,3 -	81.607,3
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 801.435,0* *Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 904.840,0*	A B	1.121.106,4 -	1.121.106,4	A B	1.127.932,0 -	1.127.932,0
	Baumaßnahmen *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 2.350,0* *Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 4.550,0*	A B	1.838,0 -	1.838,0	A B	2.838,0 -	2.838,0
	Sonstige Sachinvestitionen *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 10.000,0* *Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 7.000,0*	A B	7.375,0 -	7.375,0	A B	7.428,7 -	7.428,7
	Investitionsförderungsmaßnahmen *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 1.005.183,0* *Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 89.900,0*	A B	359.407,6 +35.564,3	394.971,9	A B	385.978,8 +34.214,3	420.193,1
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	535,8 -	535,8	A B	632,2 -	632,2
	Gesamtausgaben *Verpflichtungserm. 2009 Tsd. EUR 1.819.618,0* *Verpflichtungserm. 2010 Tsd. EUR 1.006.740,0*	A B	1.632.437,8 +35.564,3	1.668.002,1	A B	1.669.326,1 +34.214,3	1.703.540,4
	Zuschuss	A	425.822,0	425.822,0	A	416.212,6	416.212,6

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Haushaltsplan 2009/2010;

Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

hierzu:

Änderungsantrag

der Fraktion Freie Wähler (Drs. 16/360)

und

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/361 mit 16/368)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/369 mit 16/371)

und

Änderungsanträge

von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/372 mit 16/374)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktionen der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Staatsregierung kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Ich eröffne hiermit die Aussprache. Erster Redner ist Herr Staatsminister Zeil. Bitte sehr.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Jahre 2009 und 2010 gesamtwirtschaftlich betrachtet die schwierigsten Jahre seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland sein werden. Wir stehen wirtschaftlichen Problemen gegenüber, die keine Politikergeneration seit dem Wiederaufbau unseres Landes zu meistern hatte. Jetzt, in Zeiten äußerster wirtschaftlicher und finanzieller Anspannung, gilt es, Verantwortung zu übernehmen und den Menschen zu erklären, was möglich ist. Jede Krise bietet aber auch Chancen, Chancen durch nachhaltigen Wandel, einen Wandel, der es uns und unseren Kindern ermöglicht, gestärkt aus dieser Krise hervorzugehen. Diesen Wandel werden wir als Bayerische Staatsregierung und als Regierungskoalition aktiv gestalten. Mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 führen wir nicht nur Bewährtes fort, sondern setzen gleichzeitig notwendige, nicht mehr aufschiebbare neue Akzente für eine höhere Innovationsdynamik, für einen wettbewerbsfähigeren Mittelstand und für mehr Wirtschaftskraft in allen Teilen des Landes.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

Der Haushaltsausschuss hat den Wirtschaftsetat konstruktiv und intensiv beraten. Dafür danke ich seinem Vorsitzenden, dem Kollegen Georg Winter, den Berichterstattern und allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses. Die Regierungsfraktionen haben zusätzliche Mittel bereitgestellt für die Regionalförderung, für die Breitbanderschließung und für den Tourismus. Das gibt uns die notwendigen Spielräume, um verstärkt in die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume in Bayern zu investieren und, um das Tourismusland Nummer 1 in Deutschland zu bleiben. Für diese Koalition ist der Ruf nach gleichwertigen Lebensverhältnissen überall in Bayern kein Lippenbekenntnis, sondern Fundament politischen Handelns.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sicher, meine Damen und Herren, die Forderungen der Opposition nach zusätzlichen Mitteln für den Wirtschaftsetat in dreistelliger Millionenhöhe sind wahrlich gut gemeint.

In einer Zeit, in der aber überall Pakete in Milliardenhöhe geschnürt werden, gerade so, als seien die Quellen des Staates unerschöpflich, muss ich daran erinnern, dass für alles, was der Staat jetzt ausgibt, eines Tages uns und unseren Kindern die Rechnung präsentiert wird. Auch in Zeiten der Krise, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, dürfen wir die Nachhaltigkeit unseres Handelns nicht vergessen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Staatsregierung hat bereits im Herbst 2008 wichtige Weichen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise gestellt. Ich nenne nur den Mittelstandsschirm, das Programm der Staatsregierung zur Beschleunigung von Investitionen, die Steigerung der Investitionsausgaben um 17 % und jetzt die zügige Umsetzung des zweiten Konjunkturpakets der Bundesregierung. Das alles strahlt und wirkt sich positiv auf die Wirtschaft aus, stärkt die Nachfrage und sichert Arbeitsplätze. Dabei möchte ich ausdrücklich hinzufügen, dass wir uns vom Bund viel stärkere Impulse für die privaten Investitionen gewünscht hätten, vor allem durch ein Vorziehen der Steuerentlastung

(Lachen bei der SPD)

und durch dringend notwendige Korrekturen der mittelstandsfeindlichen Unternehmenssteuerreform.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Unruhe bei der SPD)

Es gilt auch: Als Treuhänder der Steuerzahler dürfen wir staatliche Hilfen nur ausnahmsweise gewähren, und zwar nur dann, wenn ein tragfähiges unternehmerisches Zukunftskonzept vorliegt, wenn Eigentümer, Banken und Tarifpartner sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft und ihren Beitrag geleistet haben und, auch das ist ganz wichtig, wenn Wettbewerbsverzerrungen ausgeschlossen sind. Ja, wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz, aber wir kämpfen mit den Mitteln der sozialen Marktwirtschaft und mit den Grundsätzen der finanzpolitischen Vernunft.

(Unruhe bei der SPD)

Ich bin in ständigem Kontakt mit der Wirtschaft und mit den Gewerkschaften, denen ich für ihr besonnenes Handeln besonders danken möchte. Ich bin aber auch vor Ort bei den Menschen und in den Unternehmen, egal ob es sich um international tätige Unternehmen oder um regional verankerte Handwerksbetriebe handelt. Mir geht es darum, Unternehmen und Arbeitnehmern zu zeigen: Wo es brennt, sind wir zur Stelle.

(Unruhe bei der SPD)

Dabei verzichten wir auf öffentliches Getöse, weil es uns um jeden ernst ist, wobei wir nicht die Illusion wecken wollen, wir könnten jeden unter einen Schirm stellen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Krisenbekämpfung ist das eine, gleichzeitig aber müssen wir mit langem Atem an der Zukunftsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft und am Standort Bayern weiterarbeiten. Wir bauen Bayern als Hochtechnologiestandort weiter aus, wir legen ein neues Förderprogramm "Elektromobilität" auf und führen Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen ein. Mittelstand und Handwerk sind zentrale Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns. Jetzt, in der Krise, geht es vor allem darum, Finanzierungsengpässe zu überbrücken. Deshalb haben wir einen Mittelstandsschirm aufgespannt, stocken das Mittelstandskreditprogramm auf und verdoppeln den Haftungsfonds, um das Ausfallrisiko abzudecken. Unser schnelles Handeln wirkt bereits. Der Mittelstandsschirm hilft. Die Zahl der genehmigten Bürgschaften ist enorm gestiegen. Wir tun das, meine Damen und Herren, weil der Mittelstand für unsere Regierung mehr ist als eine wirtschaftliche Kategorie. Mittelstand ist für uns eine Geisteshaltung, persönliche Verantwortung zu übernehmen, soziale Verantwortung für Mitarbeiter zu übernehmen und Ideen umzusetzen, ohne erst nach dem Staat zu fragen. Das ist Mittelstand!

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das ist - ich füge das hinzu - gelebte soziale Marktwirtschaft.

Der Export bleibt trotz des weltweiten Nachfrageeinbruchs ein wichtiges Standbein der bayerischen Wirtschaft. Unsere Unternehmen haben eine hervorragende Produktpalette, die im Fokus der weltweiten Nachfrage steht. Diese Nachfrage hat über die Krise hinaus Bestand. Dabei unterstützen wir kleine und mittlere Unternehmen durch das neue Maßnahmenpaket Außenwirtschaft, und wir stärken weltweit die Marke "Made in Bavaria".

Für Bayern ist eine verlässliche, umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung existenziell. Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch bis 2020 verdoppeln. Dem dient unter anderem das neue landeseigene Förderprogramm zur Errichtung und Erweiterung von Tiefengeothermiewärmenetzen.

Meine Damen und Herren, die Störungen bei Gaslieferungen aus Russland zeigen, wie wichtig es ist, dass wir auf weitere Versorgungswege und Speicherkapazitäten beim Gas setzen. Ferner - das füge ich hinzu - muss der Ausstieg aus der Kernenergie dringend rückgängig gemacht werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir brauchen einen breiteren Energiemix für Bayern, wenn wir die Energieversorgung sicherstellen und gleichzeitig die ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen wollen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

In der Verkehrspolitik, meine Damen und Herren, steht in diesem und in den nächsten Jahren ein Bündel von Aufgaben an. Es geht um wichtige Verkehrsprojekte: in Nürnberg die S-Bahn-Vorhaben, auch in München, die bessere Anbindung der Landeshauptstadt an den Flughafen, die Umsetzung des Regio-Schienentakts Augsburg, die Strecke München - Mühldorf, den Brenner-Nord-Zulauf, die Schienenanbindung Ostbayerns an den Flughafen, die Elektrifizierung der Strecke Hof - Regensburg, den Bau der dritten Startbahn am Flughafen München, um nur einige zu nennen.

Wir dürfen unsere Augen nicht vor der Realität verschließen. Der Flughafen München konkurriert nicht mit Düsseldorf, meine Damen und Herren, sondern mit Dubai. Ein Spitzenstandort wie Bayern kann sich keine provinzielle Verkehrsinfrastruktur leisten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Förderung strukturschwacher Räume ist und bleibt eine zentrale Aufgabe bayerischer Wirtschaftspolitik. Das gilt in der Wirtschaftskrise mehr denn je. Deshalb führen wir die Regionalförderung auf hohem Niveau fort.

Beim Thema Breitbandförderung habe ich von Beginn meiner Amtszeit an kräftig aufs Tempo gedrückt.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ha, ha! - Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Bayern ist eines der ersten Länder, in denen jetzt Fördergelder ausgereicht werden. Über das Konjunkturpaket II des Bundes verdoppeln wir die Mittel auf 38 Millionen Euro. Den Regelförderbetrag erhöhen wir auf 100.000 Euro, den Fördersatz auf 70 %. Auch die Verfahrensschritte werden nun erheblich vereinfacht.

Zu lange, meine Damen und Herren, hat man auch in Bayern die immense Bedeutung der Breitbandversorgung verkannt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber das alles bringt uns jetzt unserem Ziel, bis Ende 2020 die weißen Flecken auf der bayerischen Breitbandkarte zu beseitigen, spürbar näher.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Meine Damen und Herren, der neue Einzelplan 07 legt eine gute Grundlage für die wirtschaftlichen Impulse, die jetzt notwendig sind. Diese Staatsregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen stehen für die Renaissance und Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Es stimmt mich voller Sorge, meine Damen und Herrn, dass ich fast 20 Jahre nach dem desaströsen Scheitern des realen Sozialismus auf deutschem Boden dringend darauf hinweisen muss: Nicht Staatswirtschaft hat unser Land groß gemacht, sondern eine freiheitliche, wertgebundene Wirtschaftsordnung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Deshalb sage ich voller Überzeugung: Die soziale Marktwirtschaft ist das Zukunftsmodell für unser Land mit seinen vielen kreativen und leistungsbereiten Menschen. Dafür schaffen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Das ist und bleibt die vornehmste Aufgabe bayerischer Wirtschaftspolitik.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, vielen Dank. Der nächste Redner ist für die Fraktion der SPD Herr Dr. Paul Wengert. Bitte schön.

Dr. Paul Wengert (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für diese Lehrstunde, verehrter Herr Staatsminister, aber wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen für uns in Anspruch, von sozialer Marktwirtschaft mehr zu verstehen als die Leute, die jahrelang Turbokapitalismus und Marktradikalismus gepredigt haben und die uns in den Kommunen mit ihren Privatisierungsideen schier verrückt gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, mit einem Volumen von jeweils rund 1,7 Milliarden Euro in den Jahren 2009 und 2010, wovon rund zwei Drittel auf Regionalisierungsmittel des Bundes entfallen, ist der Einzelplan 07 der kleinste Einzelhaushalt. Deswegen müssen wir uns hier leider in Bescheidenheit üben. Wer geglaubt hat,

dies würde sich in Zeiten der schwersten Rezession seit Kriegsende ändern, befindet sich leider im Irrtum.

Der konjunkturelle Abschwung hat sich in Deutschland zu Jahresbeginn verstärkt fortgesetzt. Die Krise hat längst auch Bayern erreicht. Die Auftragseingänge befinden sich im freien Fall, die Zahl der Arbeitslosen zieht an und Zigtausende Menschen selbst aus Branchen bester Provenienz befinden sich in Kurzarbeit. Während Sie, Herr Staatsminister Zeil nicht müde wurden und werden - Sie haben eben wieder ein augenfälliges Beispiel dafür geliefert -, noch höhere Beiträge vom Bund zur Ankurbelung der Konjunktur einzufordern, waren Sie selbst nicht bereit, ein eigenes bayerisches Konjunkturprogramm aufzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Die Anträge der SPD vom November mit einem Volumen von insgesamt 800 Millionen Euro wurden abgeschmettert. Während der Bund rasch, effektiv und umfänglich gehandelt hat, hat Ihre FDP bis zuletzt sogar noch herumgeeiert, ob sie den Konjunkturpaketen überhaupt zustimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Angesichts der Lage in diesem Lande ist das ein skandalöses wahltaktisches Manöver gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die auf Bayern entfallenden Bundesmittel mutieren zu einem Landesinvestitionsprogramm und werden von Ihnen und Ihren Kabinettskollegen und -kolleginnen landauf, landab als eigene Wohltaten des Freistaats verkauft.

Leider setzt der Einzelplan 07 nur wenige Akzente, um der gegenwärtigen außerordentlichen Krise zu begegnen. Insgesamt wird er der aktuellen und mit Sicherheit noch länger anhaltenden konjunkturellen Lage nicht gerecht.

Ihr Credo, Herr Staatsminister Zeil, Bayerns Wirtschaft sei flexibel, innovativ und wettbewerbsfähig genug - diese drei Attribute würde ich unterstreichen -, um mit den Problemen fertig zu werden und gestärkt aus der Krise hervorzugehen, erinnert mich an einen, der im dunklen Wald pfeift, oder an eine Formulierung am Ende der Kohl-Ära: "Wir haben eine andauernde Unterbrechung des konjunkturellen Aufschwungs." So kann man es auch ausdrücken.

Bei den großen Firmenproblemen der jüngsten Zeit signalisierte die Bayerische Staatsregierung zwar höchste Priorität: Sie steht im ständigen Kontakt, sie führt einen konstruktiven Dialog, sie strebt Hilfsmaßnahmen an. Das ist ein wortreiches wirtschaftspolitisches Wording, aber leider weit entfernt von dringend notwendigen praktischen Lösungen.

(Beifall bei der SPD)

Und wo es brennt, Herr Staatsminister, da sind Sie zwar zur Stelle, aber Sie müssen auch löschen, sonst hilft das dem Unternehmen nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Beim Mittelstandskreditprogramm bewegt sich wenig, und nur wegen der Halbierung der bisherigen 20-prozentigen Haushaltssperre auf 10 % kommt es effektiv zu einer Anhebung um gerade mal 2,5 Millionen Euro, was mehr als bescheiden ist. Ihr Lob auf den Mittelstand, das ich uneingeschränkt mittrage, wäre viel glaubwürdiger, wenn Sie den Worten auch kräftige Taten folgen lassen würden.

Der Präsident des Bundes der Selbstständigen, Herr Professor Fritz Wickenhäuser, hat es am 16. März 2009 in einer BdS-Pressemitteilung auf den Punkt gebracht, wenn er sagt: "Für drei Viertel aller Mittelständler ist es trotz aller staatlichen Rettungspakete schwerer geworden, einen Bankkredit zu bekommen. Unternehmer und Arbeitnehmer zahlen nun den Preis für die falsche Finanz- und Bankenpolitik der letzten Jahre."

Die Konditionen haben sich drastisch verschlechtert. Deshalb muss die Landesförderbank Bayern, übrigens eine hervorragende Förderbank, weitere Instrumente anbieten können, ihr Beratungs- und Produktangebot nochmals deutlich verstärken, und die Produkte der LfA müssen gemeinsam mit dem Bankensektor viel transparenter werden und trotz oft deutlich verschlechterten Rankings bei den Unternehmen auch ankommen.

Sie wollen die Mittelstandsfinanzierung durch konzertierte Aktionen mit der Kreditwirtschaft sicherstellen. Aber auch hier ist "ohne Moos nichts los". Wie Sie selbst vorgestern auf der Bilanzpressekonferenz der LfA gesagt haben, kommen auch hier zwei Drittel des Bürgschaftsvolumens woher? Aus Berlin, vom Bund. Wen wundert es da, wenn Fritz Wickenhäuser meint, die fünf Aktionssäulen des bayerischen Wirtschaftsministers stünden "auf einem brüchigen Fundament".

Leider, sehr verehrte Damen und Herren, wurden unsere Änderungsanträge allesamt von CSU und FDP abgelehnt, insbesondere unsere Forderung nach einer deutlichen Erhöhung des Ansatzes für das regionale Wirtschaftsförderprogramm. Von hohem Niveau zu reden, ist schon mutig, Herr Kollege Zeil.

Rund 30 Millionen Euro werden zusätzlich in die Förderung von Bussen im ÖPNV fließen, was ebenfalls auf unserer Agenda stand. Nachdem 2007 und 2008 die Busförderung im Zug der allgemeinen Sparmaßnahmen sehr zum Leidwesen auch im ländlichen Raum ausgesetzt worden war, besteht ein erheblicher Nachholbedarf. Die Wiedereinführung der Busförderung ist nicht nur eine effiziente Maßnahme zum Klimaschutz, sondern auch als regionalpolitische Maßnahme zur Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Fläche zwingend. Der Jubel von Ihnen und der sehr verehrten Frau Staatssekretärin Hessel über die so mögliche Steigerung der Attraktivität des ÖPNV - wir haben noch nicht einmal das Niveau von vorher erreicht - schallte dem geneigten Publikum gleich aus sieben Pressemitteilungen an einem einzigen Tag entgegen.

Die ebenfalls bejubelte und im Koalitionsvertrag vereinbarte beschleunigte Entwicklung und Markteinführung von Elektromobilen - Sie haben es gerade auch angesprochen - unter der nach meinem Gefühl etwas hochtrabenden Schlagzeile "Zukunftsoffensive Elektromobilität - Bayern fährt elektrisch" wird dagegen doch sehr getrübt durch die ernüchternde Tatsache, dass von den 706.767 Kraftfahrzeugen, darunter etwa 600.000 Personenkraftwagen, die 2008 in Bayern neu zugelassen wurden, gerade mal 24 Fahrzeuge einen Elektroantrieb haben.

Wir jubeln nicht, aber wir nehmen mit gewisser Erleichterung zur Kenntnis, dass die CSU-FDP-Breitbandstory vielleicht doch nicht zu einer unendlichen Geschichte wird, auch wenn es lang gedauert hat, bis Dornröschen wachgeküsst wurde, und ein Happy End noch nicht in Sicht ist. Vor drei Jahren brachte unsere ehemalige Kollegin Dr. Hildegard Kronawitter dieses Thema im Landtag zur Sprache. Unisono führten SPD und Gemeindetag Klage über die absolute Unterversorgung des ländlichen Raums. Geschehen ist leider jahrelang nichts. Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister, haben das selbst in Ihrem Redebeitrag im Haushaltsausschuss im Februar mit Bedauern festgestellt.

Ein leistungsstarkes und schnelles Breitbandangebot ist Teil der Daseinsvorsorge und zwingender Bestandteil moderner Infrastruktur.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erwin Huber blockte seinerzeit als Wirtschaftsminister ab, schnelle Internetanschlüsse seien allein Sache der Wirtschaft und, so haben Sie es gesagt, nicht Aufgabe des Staates.

(Erwin Huber (CSU): Das bleibt auch Aufgabe der Wirtschaft!)

Laut Koalitionsvertrag wollen CSU und FDP die schnelle Internetverbindung innerhalb der nächsten drei Jahre sicherstellen, während Wirtschaftsminister Zeil beklagt, dass der Bund die Versorgung ländlicher Gebiete mit schnellem Internet finanziell nicht un-

terstützt, sich aber im Bundesrat gegen die Verabschiedung des Konjunkturpakets II querlegt und Koalitionspartner Erwin Huber querschießt, indem er Zeils Förderpläne Anfang Februar als absolut unzureichend bezeichnete. Da soll sich mal einer draußen im Land auskennen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Während die Männer streiten, schreitet Staatssekretärin Hessel zur Tat und sticht am 13. März den ersten Spaten für die erste in Bayern geförderte Verlegung von Glasfaserkabeln in Mühlhausen in der Oberpfalz. Endlich zieht der Fortschritt ein. Georg Schmid lobt derweil Brüssel, weil es in einer enorm wichtigen Frage die Bremse gelockert habe,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hätte schon längst geschehen können!)

und fordert seinen Koalitionskollegen Zeil auf: "Jetzt muss auch das bayerische Wirtschaftsministerium beim schnellen Internet im Freistaat Gas geben", worauf Kollege Zeil fast reflexartig mit Kritik am Beschluss des EU-Gipfels kontert: 1 Milliarde für die ganze EU sei zu wenig für einen kräftigen Anschub. Es sei auch hier daran erinnert, wie es früher war. Seinerzeit hatte sich Erwin Huber geweigert, überhaupt Fördermittel der EU anzunehmen.

(Erwin Huber (CSU): Das sind Märchen, was Sie da erzählen! Es hat gar nichts gegeben!)

Im Rahmen des Konjunkturpakets II, kommunales Investitionsprogramm, fließen pro Jahr 12,5 Millionen Euro zusätzlich in die Breitbandförderung. Deshalb konnten wir unseren Antrag für erledigt erklären, auch wenn sich Bayern hier am Bund "abspatzt". Aber ein Megabit Übertragungskapazität ist Steinzeit. "40 Minuten für die Übertragung von 14 Megabit, das ist ein Drama", ärgert sich ein Allgäuer Campingplatzbetreiber laut "Allgäuer Zeitung" vom 25. März zu Recht über die völlig unzureichenden Verhältnisse.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und noch etwas: Die Gemeinden dürfen nicht länger gezwungen werden, sich für die billigste Lösung,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

nämlich Internet per Funk, zu entscheiden. Das hat keine Zukunft. Basis muss die Glasfaserverkabelung sein, und zwar anbieterneutral. Alles andere ist Humbug und konterkariert die Wirtschaftsförderung für den ländlichen Raum.

Sehr geehrter Herr Kollege Zeil, suchen Sie sich ein gutes Team für die Profiliga. Sorgen Sie endlich dafür, dass die Bürger und die Gewerbetreibenden in Bayern leistungsfähige Internetverbindungen bekommen. Animositäten im Vorwahlkampf zwischen Bund und Land, zwischen Ihnen, Herrn Huber und Herrn Schmid, sind kontraproduktiv.

Lassen Sie mich, auch wenn diese Mittel weitgehend gebunden sind, noch auf den Schienenpersonennahverkehr eingehen. Natürlich stehen auch wir für die in Ihrem Koalitionsvertrag enthaltenen Verbesserungen des flächendeckenden Angebots und die Weiterentwicklung des Bayerntaktes. Der Wettbewerb bei den Bahnunternehmen in Bayern findet allerdings auf dem Rücken der Beschäftigten statt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die staatseigene BEG vergibt die Aufträge ausschließlich nach den Kriterien des Preises. Es werden zwar alle möglichen Standards im Hinblick auf Technik und Ausstattung gefordert, aber die grundlegenden tariflichen und sozialen Bedingungen für die Mitarbeiter bleiben außen vor. Die "Märklinisierung" der Bahn geht voll zulasten der Arbeitnehmer, und damit wird dem Wert der Arbeit die Anerkennung entzogen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Erwin Huber (CSU): Das ist doch abwegig, was Sie da erzählen!)

Sie müssen sich vorstellen, dass mit jedem Wechsel des Anbieters nach einer verlorenen Ausschreibung in der Regel auch die Mitarbeiter umflaggen und jedes Mal neue Lohneinbußen hinnehmen müssen mit allen sozialpolitischen Folgen für sich und ihre Familien.

(Erwin Huber (CSU): 95 % sind doch DB!)

Mit Steuergeldern werden so Lohn- und Sozialdumping gefördert.

Wir wollen den Wettbewerb nicht verhindern. Aber er muss fair sein, auch und gerade für die Beschäftigten der Eisenbahnunternehmen in Bayern, die gute Arbeit leisten. Sie haben es nicht verdient, Opfer einer unsozialen Vergabepolitik zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ändern Sie, sehr verehrter Herr Staatsminister, die Vergabekriterien so, dass die Qualität des Angebots und die Lohn- und Sozialstandards für die Vergabe entscheidend sind.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf eine Bemerkung des Herrn Ministerpräsidenten von gestern eingehen. Das sei mir als Neuling in diesem Hohen Haus

(Erwin Huber (CSU): Das merkt man!)

gestattet. Er hat sich zu der Behauptung verstiegen, von der Opposition sei kein einziger Vorschlag gekommen. Sie setze allein auf Destruktion.

(Erwin Huber (CSU): Das ist richtig!)

Tatsächlich haben wir rund 130 Anträge gestellt, lieber Kollege Huber, darunter wirklich sehr konstruktive zum Einzelplan 07. Alle wurden wie seit eh und je geradezu reflexartig abgelehnt. Das macht die vom Ministerpräsidenten gestern im selben Atemzug aufgestellte Behauptung, er habe im Land ein neues Klima des Zuhörens und des Aufbruchs geschaffen, nicht besonders überzeugend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Krise schaffe Bewusstsein, hat der Ministerpräsident gestern philosophiert, Bewusstsein für wahre Werte, die bleiben. Dazu zählt auch die Wahrhaftigkeit, möchte ich dem Ministerpräsidenten zurufen. Vielleicht erinnert er sich gelegentlich auch an das achte Gebot: Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Einzelplan 07, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist keine Antwort auf die außerordentliche Krise. Er ist vielmehr Ausdruck verpasster Chancen, dem Land und seinen Menschen wirklich zu helfen. Das Fleisch im Topf der bayerischen Konjunkturs uppe kommt aus Berlin. Deshalb kann die SPD-Fraktion diesem Einzelplan trotz einiger positiver Ansätze nicht zustimmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Dr. Wengert, bleiben Sie bitte noch kurz am Pult stehen, denn wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Kirschner.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Werter Herr Kollege Wengert, Sie haben eingangs den Turbo-Kapitalismus angesprochen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Turbo!)

- Turbo, ja; Sie hören richtig: Turbo-Kapitalismus. Ich darf Ihnen folgende Fragen stellen: Wissen Sie erstens, dass die FDP bereits 1990 im Wahlkampf die Macht der Banken und Versicherungen einschränken wollte? Wissen Sie zweitens, dass 2002 dem Bundestag ein Antrag der FDP vorlag, die Bankenaufsicht unter die Bundesbank zu stellen, um die Effizienz der Aufsicht zu gewährleisten, und dass dieser Antrag von den GRÜNEN und der SPD abgelehnt worden ist?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es ist keine Schande, wenn du das jetzt nicht weißt!)

Dr. Paul Wengert (SPD): - Lieber Herr Kollege Kirschner, ich nehme im Gegensatz zur Bayerischen Staatsregierung für mich nicht in Anspruch, allwissend zu sein. Ich weiß nicht, ob das, was Sie gerade vorgetragen haben, zutrifft. Aber wenn die SPD schon 1990 zum Ausdruck gebracht hat, dass man mehr auf die Banken achten muss, war das im Trend sicherlich keine falsche Entscheidung. Zu 2002 weiß ich es nicht. Aber das können Sie in den Protokollen über das Internet leicht recherchieren.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung für die Fraktion der CSU: Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Zunächst einmal muss ich feststellen, dass ich von einem Neuling eigentlich noch nie so viel Selbstgefälligkeit gehört habe, wie vorhin vom Kollegen Wengert. Der Bezug auf das achte Gebot ist vielleicht doch etwas übertrieben.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir über Wahrhaftigkeit reden, haben wir am vergangenen Donnerstag hier im Haus ein ganz gutes Beispiel erlebt, wie es nicht sein soll.

(Zurufe von der SPD: Was war da?)

Mit dem vorliegenden Haushaltsplan für das Wirtschaftsministerium beschäftigen wir uns heute mit einem der bedeutendsten Bereiche der bayerischen Politik, wenn das auch im Umfang des Haushalts nicht unbedingt zum Ausdruck kommt; denn die großen Erfolge Bayerns in den letzten Jahrzehnten stehen einerseits auf dem Fundament einer stark wachsenden bayerischen Wirtschaft, andererseits auf den Erfolgen hervorragender Unternehmer und fleißiger Arbeitnehmer in Bayern.

Sehr geehrter Herr Minister, Ihre Vorgänger im Ministerium haben durch eine ausgesprochen kluge Politik für alle Landesteile die Bedeutung des Ministeriums weit über die haushaltspolitischen Zahlen allein hinausgehoben.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Ich wünsche Ihnen sehr viel Glück, dass Ihnen das auch weiterhin so gut gelingt wie bisher.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie sind ja ein Schelm!)

- Ach, Herr Kollege Pfaffmann, Sie kennen mich doch!

(Zurufe von der SPD: Beyer!)

- Oh, der Kollege Beyer, das ist mir natürlich noch angenehmer; denn beim Kollegen Pfaffmann wüsste ich nicht, wie es mit dem achten Gebot ist, wenn er zu mir redet.

Unser gemeinsames Ziel sollte es deshalb sein, Bayerns Position als eine der wirtschaftlich stärksten Regionen in Deutschland und in Europa abzusichern. Diesen Vorgaben trägt der vorliegende Einzelplan in vielen Bereichen wirklich Rechnung. Wesentliche Bereiche werden auf dem bisherigen Niveau fortgeführt. Verstärkungen in bestimmten Bereichen sollen insbesondere Investitionsanreize geben, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Natürlich sind wir in Bayern in einer ganz besonderen Situation, da wir einen sehr hohen Exportanteil haben und deshalb natürlich unter der riesigen Weltwirtschaftskrise entsprechend leiden. Wir dürfen auch nicht verkennen, dass wir auf dem Arbeitsmarkt bereits erste Auswirkungen erkennen können; denn seit 1928 ist in Deutschland erstmals im Monat März dieses Jahres die Arbeitslosenzahl nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. Das ist ein erhebliches und bedenkliches Zeichen.

Wir haben gemeinsam mit der FDP-Fraktion einige Anträge zu diesem Haushalt eingebracht und auch durchgesetzt. Ich glaube, dass wir auf diese Art und Weise Verstär-

kungen durchgesetzt haben, die - zumindest in unseren Augen - von besonderer Bedeutung sind. Die Erhöhung der Fördermittel für die regionale Wirtschaftsförderung,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

das bereits mehrfach angesprochene Breitbandkabelnetz, die Förderung des Tourismus und die Wiedereinführung der Busförderung sind wichtige Zeichen für die bayerische Wirtschaft.

Herr Minister, die wesentlichen Positionen des Haushalts sind von Ihnen bereits ausführlich dargestellt worden. Deswegen kann ich mich auf Weniges beschränken. Die Opposition hat in den Haushaltsberatungen bei vielen, vielen Positionen mehrfach deutliche Erhöhungen vorgeschlagen, aber dazu nie - nicht ein einziges Mal - einen Gegenfinanzierungsvorschlag unterbreitet.

(Beifall bei der CSU - Dr. Martin Runge (GRÜNE): Falsch! - Zurufe von der SPD: Falsch!)

Natürlich würden wir uns alle wünschen, dass wir noch mehr Mittel zur Verfügung hätten. Natürlich könnten wir die regionale Wirtschaftsförderung, die Mittelstandsförderung, alles dies, mit sehr viel mehr Geld unterstützen. Aber wir müssen uns nach der Decke strecken und können nicht nur Forderungen stellen, die unerfüllbar sind. Wir müssen bei allen Wünschen der Gegenwart auch die Zukunft beachten und die nachfolgenden Generationen mit ins Kalkül ziehen. Letztlich wird Wirtschaftspolitik nicht nur mit Fördermitteln allein gemacht.

(Zuruf von den Freien Wählern: So ist es!)

Sehr viel wichtiger ist es in meinen Augen, dass wir angemessene Rahmenbedingungen schaffen, die es in Bayern der Wirtschaft ermöglichen, weiterhin so erfolgreich zu sein wie bisher. Wir müssen uns darauf besinnen, dass wir in wesentlichen Bereichen eine vernünftige Finanz-, Steuer-, Struktur- und Wirtschafspolitik betreiben. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass wir auch den gesamten steuerlichen Bereich überdenken

(Zuruf von der SPD: Aha!)

und hier immer wieder entsprechende Steuersenkungen, aber auch Vereinfachungen des deutschen Steuerrechtes fordern, denn nur auf diese Art und Weise können wir den Mittelstand unterstützen.

(Erwin Huber (CSU): Sehr richtig!)

Wir haben ein Erfolgsmodell, das heuer 60 Jahre alt wird, nämlich die soziale Marktwirtschaft. Die Werte, die uns in den letzten Jahrzehnten Wohlstand und Sicherheit geschenkt haben, sollten wir hochhalten. Die gegenwärtige Krise gibt uns durchaus auch die Chance, in Bayern die Rahmenbedingungen insgesamt wieder so einzurichten, dass wir am Ende gestärkt aus der Krise herausgehen können.

Natürlich kann es nicht sein, dass wir einzelne Branchen oder Unternehmen mit Steuermitteln retten, weil das zu Verzerrungen des Wettbewerbs insgesamt führen könnte. Wir müssen uns auf die ordnungspolitischen Kräfte der Marktwirtschaft besinnen. Die Rettung von Betrieben und Unternehmen, die nicht lebensfähig sind, kann nicht Aufgabe des Steuerzahlers sein. Philipp Holzmann, liebe Kollegen von der SPD, sollte uns da ein wirklich warnendes Beispiel sein. Ich bin dem Bundeswirtschaftsminister sehr dankbar, dass er darauf dringt, dass nur Unternehmen mit staatlicher Hilfe rechnen können, die nachgewiesen haben, dass sie am Markt langfristig Chancen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Dr. Thomas Beyer (SPD): Nichts anderes wollen wir!)

Wir können Fehler von Managern oder Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe nicht mit Steuermitteln beheben. Wenn jemand gerade zum Ende einer guten Konjunkturphase ein anderes Unternehmen übernimmt und das auch noch in voller Höhe fremdfinanziert, kann es nicht Aufgabe des Staates sein, diesen Managern mit Steuermitteln aus der finanziellen Klemme zu helfen.

(Zuruf von der SPD: Landesbank!)

Natürlich ist es schlimm, wenn Arbeitsplätze verloren gehen. Natürlich sollten wir auch das Schicksal jedes einzelnen Arbeitslosen betrachten, denn das trifft die Familien sehr stark. Aber wir müssen uns trotzdem Gedanken darüber machen, ob wir unsinnigerweise Unternehmen, die am Markt nicht bestehen können, tatsächlich erhalten.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Uns muss daran gelegen sein, den bayerischen Mittelstand zu stärken. Ich habe die Diskussion der letzten Tage immer wieder beobachtet und dabei festgestellt, dass mir der Hinweis darauf fehlt, was zum Beispiel mit dem Bäcker und dem Metzger passiert, der die Kantine von BMW in Regensburg beliefert, wenn dort nun plötzlich Kurzarbeit ist und ihnen pro Woche jeweils ein Tag Umsatz verloren geht. Wenn fünf Wochen lang Betriebsurlaub gemacht wird, wenn verlängerte Ferien über Fasching gemacht werden, sind das Umsatzausfälle, die alle in der Region sehr schwer treffen. Deshalb müssen wir alles daransetzen, dass unsere Wirtschaft wieder in Fahrt kommt. Ich bin sehr dankbar, dafür, dass die Bayerische Staatsregierung einen Schirm für den kleinen Mittelstand aufgespannt hat und mit dem Investitionsbeschleunigungsgesetz auch auf die Nöte des Mittelstands reagiert.

Ich wünsche mir, sehr geehrter Herr Minister, dass Sie in bestimmten Bereichen die Rahmenbedingungen noch etwas verbessern. Die Förderung des Wettbewerbs sollte oberstes Ziel sein, insbesondere auch dort, wo wir als Gesetzgeber im Mittelstandsförderungsgesetz etwas tun können. Auch bei der Überarbeitung des LEP, unseres Planes für die Entwicklung Bayerns, sollten wir uns an mittelständischen Unternehmen und an vernünftigen Dingen orientieren, so wie wir es das letzte Mal unter dem heutigen Staatssekretär Franz Pschierer bei uns im damaligen Ausschuss beschlossen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Kollege Beyer freut sich darüber.

Liebe, höchst ehrenwerte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ich habe Ihnen gesagt, dass wir uns gerne mit Ihnen über weitere Förderungsmöglichkeiten verständigen, wenn Sie uns die entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschläge machen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass Sie sich nicht wirklich trauen, dort zu kürzen und woanders etwas mehr auszugeben, weil Sie glauben, dass Sie Ihre Klientel in manchen Bereichen vor den Kopf stoßen würden. Sie können mit uns gerne über alle Positionen diskutieren. Wir sind offen, wenn Sie uns entsprechend zeigen, wo wir allerdings bei ausgeglichenem Haushalt weiterhin tätig sein können.

Ich möchte mich ganz besonders herzlich

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums bedanken.

Sehr geehrter Herr Pfaffmann, Sie vergessen das natürlich immer wieder, das ist mir ganz klar. Es ist wirklich eine enorme Arbeit geleistet worden, und deswegen möchte ich mich sowohl beim Wirtschaftsministerium wie auch beim Finanzministerium bedanken. Denn mit der Nachschubliste in der Kürze der Zeit einen so guten Haushalt aufzustellen, das ist nicht selbstverständlich. Vielen herzlichen Dank. Ich bitte Sie, Herr Minister, diesen Dank an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzureichen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben einen vernünftigen Haushaltsplan für das Wirtschaftsministerium vorgelegt. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu diesem Haushaltsplan, damit die bayerische Wirtschaft weiterhin wachsen und gedeihen kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Muthmann für die Freien Wähler. -Bitte sehr.

Alexander Muthmann (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausgangspunkt unserer Beratungen muss die Weltwirtschaftskrise sein. Ich sage das an dieser Stelle auch deswegen, damit wir Erwartungen an die Bundespolitik oder gar an die bayerische Landespolitik angesichts der weltweiten Verflechtungen und Auswirkungen nicht überziehen. Der allgegenwärtige und durchaus wohlfeile Ruf nach staatlicher Unterstützung suggeriert Handlungsmöglichkeiten und Kompetenzen des Staates, die er gar nicht hat. Wenn der Staat allen Not leidenden Betrieben, Branchen und Märkten die Probleme abnehmen wollte, dann wäre er pleite und handlungsunfähig. Damit ist niemandem geholfen. Da würden wir auch unserer Verantwortung nicht gerecht werden.

Der Freistaat hat in diesen Krisenzeiten natürlich eine besondere Verantwortung. Gespannt beobachten wir: Wo und wie reagiert die Staatsregierung wirtschaftspolitisch? Wo sind die Schwerpunkte? Welche neuen, welche zusätzlichen Maßnahmen ergreift sie? Es ist viel über die Segnungen des Konjunkturpakets gesprochen worden - zu Recht. Aber es ist ein Bundesprogramm.

Zunächst darf ich mich an dieser Stelle, Herr Staatsminister, auch noch einmal für Ihren Einsatz für viele finanziell klamme, aber fortführungsfähige Unternehmen bedanken. Wir haben schon das Gefühl, dass das Wirtschaftsministerium das, was rechtlich und finanziell möglich ist, durchaus tut - Stichwort Knaus Tabbert. Auch dafür noch einmal herzlichen Dank.

Aber dann: Wo sind die Schwerpunkte? Wo sind die besonderen bayerischen Lösungen? Wenn es richtig ist, dass Krisen zu Kreativität führen, wenn sie dazu Anlass geben, Ballast abzuwerfen, wenn es darum geht, neue Wege zu beschreiten, dann suchen wir in diesem Haushalt weitgehend vergeblich. Wenn es um die Bedeutung des Mittelstandes geht - Graf Lerchenfeld hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es nicht allein um zusätzliches Geld geht, sondern daneben auch um Maßnahmen, die nicht zwangsläufig Geld kosten, aber der Wirtschaft einen erfolgreichen Weg bereiten -, dann müssen wir feststellen, dass wir da angesichts der Bedeutung des Mittelstandes zu wenig finden.

Da ist einmal zu fragen: Wie geht es mittelfristig mit den unverzichtbar wichtigen Fachkräften weiter? Wie können die Betriebe künftig in dieser Situation Fachkräfte rekrutieren, die sie dringend brauchen, um qualitätvoll zu arbeiten? Ich fürchte, es fehlen nicht nur die Antworten und Lösungsansätze. Ich fürchte, diese Fragen sind noch nicht einmal richtig gestellt. Wir alle wissen, dass dem Mittelstand vor allem auch durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse geholfen werden kann. Unser aller Aufgabe ist es, die Unternehmen möglichst wenig durch unnötige Vorschriften am Arbeiten und Produzieren zu hindern.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sehr geehrter Herr Staatsminister Zeil, Sie haben im Haushaltsausschuss dazu ausgeführt, insbesondere auf EU- und Bundesebene könne man noch mehr für den Bürokratieabbau tun. Das ist zwar auch richtig, aber Ablenken von eigenen Aufgaben und Möglichkeiten gilt nicht. Was hat die Bayerische Staatsregierung an Bürokratieabbau zu bieten? Ich habe mir exemplarisch die Verwaltungskosten Ihres Verantwortungsbereiches angesehen - Business as usual. Die FDP gilt - man muss wohl sagen, galt, - als eine Partei, die für die Reduzierung der Staatsquote steht. Auch im Koalitionsvertrag wurde eine Reduzierung der Staatsquote vereinbart. Aber von alledem ist nichts erkennbar.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie werden verstehen, dass der Mittelstand und dass auch wir als Freie Wähler kein gutes Gefühl haben und eine solche Entwicklung nicht akzeptieren. Machen Sie sich endlich auf den Weg, für weniger Staat, vor allen Dingen für weniger bürokratischen Kleinkram zu sorgen. Da haben Sie unsere Unterstützung. Momentan ist unsere Fortführungsprognose zum Thema Bürokratieabbau eher negativ.

Ich komme zum Thema Breitband und schnelles Internet in ganz Bayern. Da haben wir Freien Wähler einen Antrag gestellt, mehr Geld im Haushalt vorzusehen, um diese - Kollege Wengert hat es auch gesagt - überfällige Aufgabe endlich zum Erfolg zu führen. Dieser Antrag wurde von den Regierungsfraktionen im Haushaltsausschuss abgelehnt.

Wir sind erfreut, Herr Staatsminister, wenn Sie mit weniger Geld auskommen - umso besser. Aber - der Herr Ministerpräsident hat bei diesem Thema von einer vielleicht letzten Bewährungsprobe für die Regierungen gesprochen - richtig ist, es ist eine Bewährungsprobe, allerdings nicht für die Regierungen als nachgeordnete Behörden, sondern für die Staatsregierung selbst. Da muss ich Ihnen sagen, da sind Sie nach wie vor nicht auf dem richtigen Weg. Erwin Huber hat als Wirtschaftsminister gemeint, die Entwicklung des schnellen Internets der Wirtschaft überlassen zu können. Das war offenkundig falsch. Aber Wirtschaftsminister Zeil meint heute, die Entwicklung und den Ausbau des Breitbandes den Gemeinden überlassen zu können und nur gemeindliche Initiativen unterstützen zu müssen. Gestern haben Sie in der Pressekonferenz neue, verbesserte Förderbedingungen der Öffentlichkeit vorgestellt. Das ist positiv. Aber, sehr geehrter Herr Staatsminister, es bleibt bei einem grundsätzlichen Webfehler an dieser Stelle. Es ist nicht Aufgabe der Gemeinden und nicht ausreichend für den Staat, die Gemeinden zu unterstützen, sondern es ist Aufgabe des Staates selbst, für ein flächendeckendes schnelles Internet in allen Regionen Bayerns zu sorgen.

(Beifall bei den Freien Wählern - Erwin Huber (CSU): Wir betreiben es doch nicht!)

- Sehr geehrter Herr Huber, ich will Ihnen dazu ein Bild geben. Es wäre falsch, wenn der Staat lediglich den Bau der Gemeinde- und Ortsstraßen fördern und keine eigenen Staatsstraßen mehr bauen würde, um das große flächendeckende, leistungsfähige Netz zu unterhalten. Das ist die Aufgabe des Staates.

(Erwin Huber (CSU): Wer betreibt denn das Netz?)

Das zu initiieren und federführend in die Hand zu nehmen, muss nicht der Betrieb des Staates sein. Aber er muss es anstoßen und initiieren. Er darf nicht nur Impulse bei den Gemeinden unterbringen.

(Beifall bei den Freien Wählen)

Es ist und bleibt die zentrale Infrastrukturaufgabe des Staates, endlich für einen Schub zu sorgen. Wir sind uns mit dem Bayerischen Gemeindetag völlig einig, dass es nicht Aufgabe jeder einzelnen Gemeinde sein muss, mit ihren ganz unterschiedlichen, zum Teil auch ehrenamtlichen kleinen Strukturen das Netz zu gewährleisten. Der Freistaat muss endlich die Gesamtsteuerung und Gesamtverantwortung übernehmen.

Für das Thema Breitband gibt es nicht einmal einen eigenen Haushaltstitel. Sie haben unsere Unterstützung, wenn Sie das Thema endlich in die Hand nehmen und zum Erfolg führen. Wenn Sie dafür nicht mehr Geld brauchen, als bisher eingestellt, haben Sie unsere Unterstützung, und auch unseren Respekt, wenn Sie das zeitgerecht zu einem vernünftigen Ergebnis führen. Das in den Förderprogrammen genannte Ausbauziel von einem Megabit als Leistungsstandard ist schon heute überholt.

(Eberhard Sinner (CSU): Wie viele Megabit hätten Sie denn gerne?)

Lassen Sie mich zum Thema ländlicher Raum - dieses Thema ist mir sehr wichtig - ein paar Punkte aufzählen, weil die Grenzräume die Auswirkungen einer solchen Konjunkturdämpfung früher und intensiver spüren und besondere Anreize brauchen. Zunächst geht es auch hier, Herr Lerchenfeld, ein Stück weit ohne Geld. Mit Veränderungen im Landesentwicklungsprogramm - LEP - könnte man erhebliche Impulse für den ländlichen Raum organisieren. Das Einzelhandelsziel - ein Beispiel - in der jetzigen Fassung unterstützt und stärkt die Sogwirkung der Ballungsräume und ist aus diesem Grunde abzulehnen. Daneben gibt es die zentralen Orte und die Gebietskategorien im Landesentwicklungsprogramm. Das sind durchaus wichtige Steuerungsmöglichkeiten der Staatsregierung. Was machen Sie im Koalitionsvertrag? - Mit der Änderung des Landesentwicklungsprogramms wird ein einziges bescheidenes Ziel geändert, nämlich zum Flughafen Oberpfaffenhofen. Sonst wird nichts mit diesem vornehmen Steuerungselement geändert. Packen Sie es endlich an, nutzen Sie das LEP.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zu guter Letzt komme ich auf die Regionalförderung zu sprechen. Ich höre immer wieder, Sie würden die Regionalförderung und die Tourismusförderung auf hohem Niveau fortsetzen. Ich habe Ihnen schon Ende letzen Jahres gesagt: Entweder hohes Niveau oder Fortsetzung. In dieser Form passt es nicht zusammen.

Tun Sie nicht so, als könnte trotz der krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft ausreichen, das anzubieten, was Sie derzeit im Haushalt eingesetzt haben. Tourismus und allgemeine Wirtschaft brauchen Wachstum und Beschäftigungsimpulse. Die Mittel sind weniger als die regionale Wirtschaftsförderung und die insbesondere zu berücksichtigenden touristischen Aspekte erwarten dürfen. Sie haben heute wieder vorgetragen, dass die Regierungskoalition diese Mittel um sage und schreibe eine Million Euro erhöht hat. Sie verschweigen aber - das ist nicht in Ordnung -, dass die Sondertöpfe "Ertüchtigungsprogramm" und "Ostbayern", aus denen wir die letzten vier Jahre etwa 35 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung hatten, ausgelaufen sind und es diese nicht mehr gibt. Seien Sie bitte so ehrlich zu sagen, es werde für die ländlichen Räume und die Investitionsimpulse bei den Unternehmern, die in diesen schwierigen Zeiten investieren wollen, weniger als in den vergangenen Jahren getan. Wir wissen auch, dass es angesichts der Verpflichtungsermächtigungen, die 2008 eingegangen worden sind, kaum noch Mittel gibt, die noch zur freien Disposition stehen. Das ist in dieser Zeit viel zu wenig. Das ist ein zentraler Punkt, weswegen wir dem Haushalt nicht zustimmen können.

Zusammenfassend ist zu sagen: Es fehlt uns an Entlastungsmaßnahmen für die Wirtschaft, insbesondere für den Mittelstand und das Handwerk. Es fehlt auch an den notwendigen Wachstums- und Beschäftigungsimpulsen - Stichwort Wirtschaftsförderung. Und es fehlt uns zuletzt auch am entschlossenen Ausbau der Infrastruktur, beispielhaft dargelegt zum Thema Breitband. Die Freien Wähler werden diesen Haushaltsplan ablehnen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächster Redner: Dr. Runge für die GRÜNEN. Bitte sehr.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Frau Staatssekretärin, Herr Minister, meine Damen und Herren! Bereits zum siebten Mal darf ich mich an dieser Stelle zum Einzelplan 07 des Doppelhaushalts auslassen. Interessant ist, dass wir mit dem vierten Amtsinhaber - einmal war es eine Amtsinhaberin - konfrontiert sind und uns mit deren Reden und Handeln auseinander setzen. Es ist spannend, dies in eine Reihe stellen zu dürfen.

Mein positiver Eindruck ist, es gibt weniger Interventionismus und weniger Staatswirtschaft á la Stoiber und Wiesheu, und was viel wichtiger ist, es gibt weniger "Großkotz", das heißt weniger Hochtrabenheit und mehr Bescheidenheit. Das kommt auch in vielen Ausdrücken zur Geltung. Ich höre sehr viel seltener herausposaunt "Champions League". Anstelle von Begrifflichkeiten wie "Offensive Zukunft Bayern" oder "Hightech-Offensive" hören wir jetzt eher "Allianz Bayern Innovativ" oder "Regionalmanagement". Das ist gar nicht so schlecht.

Das jetzt angeklungene Lob muss ich gleich wieder revidieren, wenn ich Ministerpräsident Seehofer lese und höre. Gestern hat Herr Seehofer seine Haushaltsrede mit dem Satz begonnen, die aktuelle Haushaltsdebatte stehe unter einem ganz besonderen Vorzeichen. Damit hat er recht. Statt dann auf das Desaster der Bayerischen Landesbank und die originäre Verantwortung einiger CSU-Größen hierfür hinzuweisen, hat er sich nur auf die weltweite Wirtschaftskrise bezogen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Kurt Eckstein (CSU))

Er hat dann, Herr Eckstein, von einem klaren Kurs gesprochen. Stellen Sie sich vor, Herr Seehofer spricht von einem klaren Kurs - gerade er. Anschließend hat er noch eines vollbracht, nämlich den Haushalt, der gerade diskutiert wird, einen "Leuchtturm" genannt. Meine Damen und Herren, wir erinnern uns alle, dass erst kürzlich ein von der CSU als "Leuchtturm-Projekt" glorifiziertes Vorhaben als "Armleuchter-Projekt" entlarvt

wurde. Es ist dann auch ins Nirwana geschwebt. Mit dieser Begrifflichkeit sollten Sie also künftig etwas vorsichtiger umgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei dem, was anschließend in der Rede des Ministerpräsidenten kam, muss einem angst und bange werden um die Zukunft des Landes. Es waren nichts anderes als leere Versprechungen, weil volle Hose.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Er hat seinen Einsatz für die Bahnstrecke München - Ingolstadt - Nürnberg gerühmt. Wir wissen aber alle, dass diese Strecke ein Milliardengrab war. Vier Milliarden Euro gehen uns in Bayern und der gesamten Republik für sinnvolle Verkehrsprojekte ab.

(Erwin Huber (CSU): Das ist Sache des Bundes!)

Er hat seine "Wackelpudding-" und "Gummirückgratpolitik" als ganz toll dargestellt. Das musste aber in die Hose gehen.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Herr Ex-Minister Huber, seine Einlassung und die der CSU-Fraktion zur Mehrwertsteuer taugen nicht; denn seit Jahren gibt es die Möglichkeit, den Antrag in Brüssel zu stellen. Sie haben mit den krudesten Argumenten immer dagegen gehalten. Noch vor zwei Jahren hieß es, die erwarteten Effekte würden nicht eintreten. Zum zweiten hieß es, die Haushaltslage des Bundes gebe das nicht her, und am tollsten war ein Sprecher der CSU im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, der meinte, das ginge zulasten aller Steuerzahler, und die Gastronomie würde vom auf 19 % erhöhten Mehrwertsteuersatz profitieren, weil dadurch die Lohnnebenkosten stark abgesenkt würden. Das ist nichts anderes als eine unsäglich populistische Wackelpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Seehofer hat auch gesagt, wir müssten uns gegen den Abschwung stellen. Was wir allerdings vor allem machen müssen, meine Damen und Herren, wir müssen uns und die Bürgerinnen und Bürger auf den Abschwung einstellen. Wir müssen versuchen, die Folgen des Abschwungs abzupuffern. Hier fehlen die zehn Milliarden Euro, die im Landesbank-Desaster vergeigt wurden. Und uns fehlt vieles weitere. Das heißt, wir haben jede Menge an sonstigen Stoiber- und Faltlhauser-Altlasten abzuarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Finanzmarktdesaster hat uns in eine weltweite Wirtschaftskrise geworfen; allerdings hatte sich die Krise bereits zuvor abgezeichnet. Ich erinnere nur an die Explosion der Energiepreise im letzten Jahr wegen der Ölknappheit oder an die Welternährungskrise, an den Klimawandel mit seinen drohenden dramatischen Auswirkungen und an die immer größer werdende Ungleichverteilung vor allem zwischen Nord und Süd. Das alles zeigt uns, dass dringend gehandelt werden muss. Wir brauchen eine andere Wirtschaftspolitik, aber auch ein anderes Wirtschaften; Wirtschaften heißt eigentlich, haushälterisch mit den knappen Ressourcen umzugehen.

Wenn jetzt Politiker sagen, es gelte, diese Krisen nacheinander abzuarbeiten, dann, muss ich sagen, ist das grober Unfug. Man kann nur versuchen, insgesamt umzusteuern. Man muss für eine andere Umwelt- und Klimaschutzpolitik sorgen und wir brauchen mehr Eine-Welt-Gerechtigkeit, aber auch mehr Verteilungsgerechtigkeit bei uns in diesem Lande.

Herr Minister Zeil, wohin uns die Überhöhung des Marktes, die Liberalisierungs- und Privatisierungsdoktrin sowie der Deregulierungswahn gebracht haben, wird uns gerade deutlich vor Augen geführt. Von daher gilt es, die Rolle des Staates und der öffentlichen Hand insgesamt anders zu definieren. Und das gilt gerade für Krisenzeiten. Wie wir befürchten, kommen wir jetzt in eine längere Phase der Schrumpfung und da brauchen wir einen starken Staat. Starker Staat kann nicht nur heißen: Der Staat als letzter Bürge,

sondern es muss auch heißen, der Staat als Regulierer und als Anbieter von Dienstleistungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Grundsätzlich ist jetzt der Zeitpunkt gekommen - Herr Kollege Wörner ist leider draußen -, die Idee der Gemeinwirtschaft wieder zu stärken. Gemeinwirtschaft heißt nicht nur eine öffentlich-wirtschaftliche Tätigkeit, sondern dazu gehören weite Teile des Genossenschaftswesens, wie auch die Betätigung frei gemeinnütziger Unternehmen. Hier ist ein Umdenken angesagt. Dabei wollen wir keineswegs das dominierende Steuerungsprinzip Markt in unserem System der sozialen Marktwirtschaft infrage stellen. Wir waren an dieser Stelle immer diejenigen, die sich am meisten gegen die Staatswirtschaft oder Mischwirtschaft verwahrt haben, da, wo wir sagen, der Markt ist das bessere Steuerungsinstrument. Aber wir sagen auch ganz klar, der Markt ist nicht alles und kann nicht alles und der Markt braucht Regulierung. Und es gilt vor allem, die soziale Komponente in der sozialen Marktwirtschaft wieder stärker zu betonen, als dies in den letzten Jahren der Fall war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wirtschaftspolitik in Bayern muss dafür Sorge tragen, dass Bayern als Wirtschaftsstandort zukunftsfähig bleibt, dass die Chancen genutzt werden und dass Schwachpunkten und Defiziten entgegengearbeitet wird. Selbstverständlich ist Bayern noch ein wirtschaftsstarkes Land; das ist überhaupt nicht die Frage. Aber es gab schon das eine oder andere Fragezeichen vor der Wirtschaftskrise. Es gibt immer dieses Ranking zur Wirtschaftsdynamik der einzelnen Bundesländer und da fällt Bayern von Jahr zu Jahr zurück. Schauen Sie sich einmal die Disparitäten von Region zu Region, von Arbeitsamtsbezirk zu Arbeitsamtsbezirk an. Diese sind riesengroß. Wir haben tatsächlich Defizite in Feldern, die den Rahmen für die Wirtschaftspolitik setzen, wie beispielsweise die Bildungspolitik oder die Infrastrukturpolitik.

Das Thema Breitband ist hinreichend gewürdigt worden. Deshalb nur noch ein Satz von mir an dieser Stelle. Zu der Zeit, in der die Staatsregierung nicht nur bestritten hat, dass es sich hier um eine öffentliche Aufgabe handelt, sondern sogar den Bedarf bestritten hat - Herr Huber, ich habe Ihr Zitat extra dabei, weil ich weiß, dass Sie jetzt dagegenhalten werden -,

(Erwin Huber (CSU): Das hat niemand bestritten!)

in dieser Zeit hat sich Rheinland-Pfalz bereits das entsprechende Förderprogramm in Brüssel notifizieren lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Was die aktuelle wirtschaftspolitische Situation anbelangt, die zunehmende Gefährdung von Unternehmen und Arbeitsplätzen, ist festzuhalten, dass der Werkzeugkasten der Bundesländer begrenzt ist, wenn wir auch mit der Wirtschaftsförderung ein ganz wesentliches Instrument haben. Herr Zeil, Sie haben richtigerweise gesagt "Chance durch Wandel in Richtung Nachhaltigkeit". Da werden wir Sie beim Wort nehmen und alles genau hinterfragen. Denn angesagt ist hier, wirklich innovative, ressourcensparende Techniken und Strukturen voranzubringen. Selbstverständlich muss der Freistaat bemüht sein, nach Kräften Unternehmen, die in eine Schieflage geraten sind, zu unterstützen: Beratung, Vermittlung, Bürgschaften bis hin zu klassischen Finanzhilfen sind hier im Einsatz. Wir müssen allerdings immer darauf achten, nicht überkommene Strukturen und Unternehmen zu fördern, sondern zu sehen, dass tatsächlich Zukunftsfähigkeit gegeben ist.

Der Wettbewerb ist angesprochen worden. Auch hier werden wir sehr genau hinsehen und wir werden uns auch sehr genau ansehen, was sich der Staat überhaupt leisten kann. Wie sehr wollen und dürfen wir uns verschulden. Herr Zeil, da war es bei Ihnen schon etwas absonderlich. Einerseits haben Sie richtigerweise gesagt, jeder Euro könne nur einmal ausgegeben werden, aber andererseits haben Sie dann moniert, dass die EU und der Bund viel zu wenig Geld ausgäben. Wo ist denn nun Ihre Wahrheit?

Zur Wirtschaftsförderung auch noch mal eine ganz wichtige Anmerkung. Wir verlangen weiterhin nach Transparenz und Evaluierung; das, meinen wir, ist heute bedeutender denn je.

Herr Kollege von und zu Lerchenfeld, Sie haben erneut auf das Mittelstandsförderungsprogramm und auf die Regionalförderung rekurriert und gesagt, die Mittel seien aufgestockt worden. Dazu bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen, sowohl diejenigen, die damals schon dabei gewesen sind, als auch die neuen, sich einmal die alten Haushaltspläne anzusehen. Dort finden Sie einen Kahlschlag, der mit dem Nachtragshaushalt 2004 angefangen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dort ist eine massive Kürzung zu finden, die bis jetzt noch nicht kompensiert werden konnte. Es gab damals im Mittelstandskredit bei den Einmalzuschüssen 35 Millionen Euro; diese sind um 10 Millionen zurückgeführt worden und heute stehen wir bei 26 Millionen Euro. Bei der regionalen Wirtschaftsförderung gab es einen Rückgang von 69 Millionen Euro auf 41 Millionen Euro; heute stehen wir bei 61 Millionen Euro. All denjenigen, die sagen, es gehe laufend aufwärts, sei ins Stammbuch geschrieben: Der ursprüngliche Ansatz war im Jahr 2004 bedeutend höher, als er es heute ist; das ist mitnichten kompensiert.

Nun ein paar Worte zum Verkehr. Herr Präsident, ich bitte mir genauso einige Minuten Überziehung zu gestatten wie meinen beiden Vorrednern.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Aber diese letzte Minute läuft schon, Herr Kollege Runge!

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Nein, noch nicht. Also einige ganz wenige Gedanken zum Verkehr. Wir haben im Jahre 2002 einen Dringlichkeitsantrag zu umwelt-, finanz- und verkehrspolitisch inakzeptablen Großprojekten eingereicht. Dazu gehörten die Fichtelgebirgsautobahn, die A 94 durchs Isental, die Westumfahrung Würzburgs, die neue ICE-

Strecke Nürnberg - Erfurt, der Transrapid. Von zweien dieser Projekte haben Sie sich verabschiedet, und zwar aus gutem Grund. Machen Sie es bitte bei den anderen Projekten auch, sonst können wir dem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man könnte noch jede Menge weiterer Punkte nennen wie beispielsweise die dritte Startbahn in München II. Herr Minister, Sie sprachen von der Konkurrenz mit Dubai. In Herrgotts Namen, ist ein internationales Drehkreuz nicht besser in der Wüste aufgehoben als in der dicht besiedelten Region 14? Da, meinen wir, gibt es durchaus einen Unterschied.

Ich nenne weiter den A 99-Südring, den Donauausbau. Es gäbe noch viele weitere Punkte zu benennen. Ich verkürze aber jetzt stark meinen Redebeitrag mit einem letzten Wort.

(Heiterkeit - Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Schließen Sie lieber Ihren Beitrag.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Minister, in Ihrem Ressort gibt es wahrlich viel zu tun. Sie haben richtigerweise von schwierigen Jahren gesprochen. Wir unterstützen Sie gerne konstruktiv und kritisch bei Ihrer Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Runge. Nun haben Sie es doch in der Karenzzeit geschafft. Für die FDP folgt jetzt die Wortmeldung des Kollegen Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über die konjunkturelle Lage sind wir uns einig, noch nicht aber über den Weg bzw. die Mittel, um aus der Krise herauszukommen. Wenn Herr Dr. Wengert zu Recht die falsche

Politik der letzten Jahre moniert hat, sollte man aber doch gleichzeitig darauf hinweisen, dass die SPD seit 1998 in der Bundesregierung mitwirkt und nicht wir.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Herr Dr. Wengert, man muss festhalten, dass dort keine Maßnahmen ergriffen worden sind, mit denen man jetzt den Problemen des Finanzmarktes entgegenwirken könnte.

Und genauso einfach könnte ich jetzt noch weitermachen und dann wäre ich auf genau dem gleichen Niveau, auf dem Sie sind, wenn Sie die FDP mit Turbokapitalismus gleichsetzen. Der Kollege Dr. Kirschner hat schon darauf hingewiesen: Die FDP stand und steht genauso wenig für Turbokapitalismus wie die SPD mit Leninismus oder anderen kommunistischen Überzeugungen gleichzusetzen ist.

(Zurufe von der SPD)

Ich denke, wir sollten von einem solchen Wege Abstand nehmen und hier im Hohen Haus fair diskutieren.

(Beifall bei der FDP)

Ich greife kurz das Thema Busförderung auf, liebe Kollegen von der SPD. Ich möchte darauf hinweisen, dass es Ihr Bundesfinanzminister war, der sich explizit geweigert hat, in das Konjunkturpaket II den ÖPNV mit aufzunehmen. Wir hätten uns da vom Bund etwas mehr Initiative erwartet, um hier mitreden zu können.

(Zurufe von der SPD)

Aber leider ist es dazu nicht gekommen.

Etwas verwundert war ich auch über die Fülle der Anträge, die hier zum Einzelplan Wirtschaft gestellt wurden. Unter den Anträgen, die wir heute ablehnen - andere haben Sie für erledigt erklärt - ist ein Antrag, in dem wir Folgendes vorschlagen. Da geht es um die Erhöhung der Mittel für Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Abdeckung der Risiken

von Fehlbohrungen bei der Nutzung von Erdwärme. Diesen Antrag lehnen wir heute hier ab, keine anderen Anträge.

(Beifall bei der FDP)

Kollege Dr. Runge ist in seiner Rede auf das Thema Privatisierung eingegangen. Man kann zwar über diese Themen diskutieren, aber ich sehe keinen Zusammenhang zwischen Privatisierungen und der aktuellen Krise. Auf dem Finanzsektor gab es überhaupt keine Privatisierungen. Die Deutsche Bank wurde nicht privatisiert, die war schon privat. Die Landesbank wurde leider nicht privatisiert. Wenn wir über den Ausgangspunkt dieser Krise diskutieren, können Sie doch nicht einfach irgendwelche Themen verantwortlich machen, die Ihnen nicht in die politische Struktur passen. Wir sollten vielmehr über Probleme reden, die existieren.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wenn wir die Steuerkraft und damit die Möglichkeiten des bayerischen Staatshaushaltes stärken wollen - wir haben heute schon häufig darüber geredet, welche Wünsche von Ihnen demnächst auf uns zukommen werden -, dann muss die Wirtschaft Bayerns erhalten bleiben und ausgebaut werden. Wir können hier im Parlament dafür Rahmenbedingungen setzen; wir können die einheimische Wirtschaft fördern; wir können internationale Neuansiedlungen unterstützen und können Mittel bereitstellen, um die Krise abzumildern und gegenzusteuern. Im Einzelplan 07 wird dafür tatsächlich eine ganze Menge getan. Beispielsweise enthält der Einzelplan die Cluster-Offensive, die eine Förderung der heimischen Wirtschaft unterstützt. Wir sehen Technologieförderung vor. Sie haben da in witziger Weise die Elektromobilität genannt. Da möchte ich Ihnen schon sagen: Mit Ihrer Einstellung wäre es nicht gelungen, auf den Mond zu fliegen. Wenn man schon am Anfang immer feststellt, welche Technologie für nichts geeignet ist, erreicht man auch nichts.

(Beifall bei der FDP)

Wir fördern auch im Bereich des Designs. Viele wissen es nicht: Wir haben nicht nur ein Design-Cluster in München, sondern auch im Rhein-Main-Gebiet.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wir fördern im Rhein-Main-Gebiet?)

- Ja, im Rhein-Main-Gebiet. Es ist nett, dass Sie das nicht wissen. Aschaffenburg, woher ich komme, ist zum Beispiel Teil des bayerischen Rhein-Main-Gebiets.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Das ist nett, dass Sie das nicht wissen. Man soll bei einer Haushaltsberatung immer etwas dazulernen.

(Harald Güller (SPD): Ascheberg ist Bayern!)

Über "Invest in Bavaria" unterstützen wir Neuansiedlungen der Industrie in Bayern. Wir helfen über die Messebeteiligungen auch der Außenwirtschaft. Der Minister hat das Mittelstandskreditprogramm schon erwähnt. Auch das ist ein wichtiger Beitrag, um die heimische mittelständische Wirtschaft durch die Krise zu führen.

Wir tun auch eine ganze Menge in der Regionalförderung. Hier stehen Mittel von 66,5 Millionen Euro im Jahr 2009 und Jahr 2010 zur Verfügung. Wir tun sehr viel für den Fremdenverkehr, um damit einen wichtigen Wirtschaftszweig in Bayern zu unterstützen. Wir unterstützen die Handwerksförderung, die Ausbildung und Modernisierung von Schulungseinrichtungen und tun etwas für das Meister-BAföG; das ist sicher eine sehr wichtige Angelegenheit.

Man sollte fairerweise feststellen, dass wir in der Förderung von Breitband in Bayern einen großen Schritt tun. Wir verdoppeln die Fördermittel, auch unter Zuhilfenahme des Konjunkturpakets. Wir verändern die Förderrichtlinien. Damit unterstützen wir auch Infrastrukturmaßnahmen auf dem Land; da liegt einiges schon lange im Argen.

Die Opposition will hier zwar nicht einsichtig sein, aber es bleibt doch festzustellen, dass mit dem Einzelplan 07 das geschieht, was in der Wirtschaftsförderung möglich und nötig

ist. Deshalb werden wir diesem Einzelplan selbstverständlich zustimmen. Wir fahren mit der bisherigen erfolgreichen Wirtschaftspolitik fort und setzen dort Akzente.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Klein, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Klein, ich dachte, ich schenke Ihnen Redezeit, aber das ist gar nicht nötig, weil Sie Ihre Redezeit wohl gar nicht ausgeschöpft haben. Da Sie meine Ausführungen nicht in allen Teilen verstanden haben, möchte ich zwei Punkte konkretisieren. Sie haben einen Satz von mir nicht komplett zitiert. Ich habe davon gesprochen, wohin uns die Überhöhung des Marktes geführt hat, und habe auch noch gesagt "und der Deregulierungswahn". Ich habe auch bewusst "uns" gesagt; denn bei der Beförderung windiger Finanzmarktprodukte, der Ausweitung des Verbriefungsgeschäfts, beim Aufbohren für Zweckgesellschaften und bei der Zulassung von Hedgefonds waren alle dabei, ob rot, ob grün, ob gelb oder schwarz. Selbst die Linken haben da erstaunlicherweise zugestimmt. Daraus sollten wir alle lernen. Sie haben gemeint, es bestünde Konsens über die konjunkturelle Lage. Unsere Botschaft ist schon eine andere: Wir haben es nicht oder nicht nur mit einer Konjunkturkrise zu tun, sondern mit einer massiven Wirtschaftskrise, einer Systemkrise, ja mit einem Systemversagen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte sehr, Herr Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege, zur Anspielung auf die Redezeit kann ich nur sagen: Quantität ist nicht immer Qualität. Es ist schön, dass Sie das jetzt gesagt haben, denn bei anderen Redebeiträgen - nicht direkt bei Ihrem - wurde unterschwellig immer unterstellt, die FDP hätte an der Weltwirtschaftskrise einen erheblichen Anteil gehabt. Das ist mitnichten der Fall. Die Weichen wurden weltweit falsch gestellt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie lernen nichts daraus, das ist das Problem!)

Die politischen Parteien haben nichts dagegen getan.

Wir haben keine Systemkrise; denn die soziale Marktwirtschaft ist die erfolgreichste Wirtschaftsform, die es auf der Welt gibt, und die gilt es beizubehalten. Weltweit müssen Korrekturen stattfinden, auch einige innerhalb Deutschlands. Da haben wir sicher keinen Dissens. Es gibt aber keine Krise der sozialen Marktwirtschaft, sondern wir haben eine Krise aufgrund von Auswüchsen, die in der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland nicht zu kontrollieren sind.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. Nächster Redner ist Herr Kollege Huber für die CSU.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Redner der Opposition sind heute außerordentlich blass geblieben. Ich kann mir gar nicht erklären, weshalb man diesen Haushalt nach den mickrigen Alternativen ablehnen will, die Sie dargestellt haben. Das waren überhaupt keine realistischen Alternativen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Man hatte den Eindruck, dass Kollege Runge nur seine Reden der letzten sieben Jahre recycelt hat. Normalerweise recycelt man aber Wertstoffe. Was Sie hier gemacht haben, war eher ein Wiederkäuen.

Sie lehnen viele Verkehrsprojekte ab. Wer die wirtschaftliche Zukunft gestalten und Arbeitsplätze schaffen will, braucht auch leistungsfähige Verkehrsverbindungen. Wer wie die GRÜNEN eine blinde Verhinderungspolitik betreibt, schneidet uns Zukunftschancen ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zur SPD kann ich sagen: Lieber Herr Wengert, Sie haben Details des Haushaltes kritisiert. Das kann man natürlich machen, aber Sie haben die Linie gar nicht dargestellt, welche die SPD verfolgt. Ich möchte nur zwei Dinge herausgreifen. Ihr Vorsitzender Herr

Maget hat gestern mit heißem Herzen für mehr Staatsbeteiligungen gesprochen. Er hat dafür plädiert, dass der Bund sehr stark bei Unternehmen einsteigt, die jetzt in Schwierigkeiten und marode sind. Ich möchte ganz deutlich sagen: Wir halten den Einstieg in eine Staatswirtschaft für einen völlig verfehlten und falschen Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin froh, dass die Bundeskanzlerin beim Besuch von Opel in Rüsselsheim dieser Versuchung widerstanden hat. Der Einstieg des Staates in Unternehmen rettet keine Arbeitsplätze, sondern entlastet nur die Banken und die Eigentümer. Wir müssen mit Steuergeld sinnvoll umgehen. Ich bin dafür, dass wir über Bürgschaften und mit Krediten den Unternehmen helfen, die jetzt unverschuldet in Schwierigkeiten geraten sind. Das Versagen von Managern darf aber nicht dazu führen, dass der Staat mit Milliardenbeträgen einsteigt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In jedem Fall ist es notwendig - Herr Zeil, da stimmen wir überein -, dass ein entsprechendes Geschäftsmodell dahintersteht. Nur dann ist so eine Überbrückung sinnvoll. Aber wir haben unsere eigenen Erfahrungen.

(Christa Naaß (SPD): Bei der Landesbank?)

In den Achtzigerjahren sind wir beispielsweise bei der Maxhütte in der Oberpfalz eingestiegen. Das hat den Freistaat Bayern umgerechnet 500 Millionen Euro gekostet, hat den Niedergang der Maxhütte etwas gestreckt, aber nicht aufgehalten. Hätte man die 500 Millionen Euro von Anfang an in neue Investitionen in die Oberpfalz anstatt in marode Unternehmen gesteckt, wären wesentlich mehr Arbeitsplätze geschaffen worden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

Ich sage ganz deutlich: Mit uns wird es keinen Einstieg in Staatsbeteiligungen geben, weil das der völlig falsche Weg wäre. Außerdem sollen zunächst einmal, so meine ich, die Banken und die Eigentümer selbst für Investoren sorgen, anstatt die ganze Last einfach dem Staat und der Politik vor die Haustür zu kippen.

Die SPD in Berlin - und dazu müssten Sie sich eigentlich bekennen - will eine andere Steuerpolitik betreiben als wir. Wir als CSU haben im Mai 2008 ein Steuersenkungsprogramm vorgelegt. Dafür bin ich dankbar, und es ist richtig, dass mit der Steuersenkung vom Januar 2009 im Konjunkturpaket ein Teil dessen, zumindest ein Einstieg, schon realisiert wurde. Wir werden das im Bereich der Einkommensteuer und der Unternehmenssteuerreform fortführen. Herr Steinbrück hat in der Gegenfinanzierung ja einiges an Giftstoffen untergebracht. Das müssen wir entfernen, um dem Mittelstand wieder mehr Eigenkapital zu geben. Aber die SPD hat daraus nichts gelernt. Sie wollen noch mehr Steuern, Sie wollen die Steuersätze erhöhen. Sie wollen eine Börsenumsatzsteuer und eine Vermögenssteuer einführen. Deshalb sage ich: In einem halben Jahr wird der Bundestag neu gewählt. Wer für mehr Steuern ist, kann meinetwegen SPD wählen; wer für weniger Steuern ist, muss die Union und die bürgerlichen Kräfte wählen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Aiwanger hat gestern eine Zusammenarbeit der Freien Wähler mit der Regierungskoalition in Aussicht gestellt. Heute schaffen wir mit dem vorliegenden Wirtschaftshaushalt mehr Geld für die Regionalförderung, wir finanzieren den Mittelstandsschirm - das ist eine gute Leistung, Herr Zeil -, wir geben mehr Geld für das schnelle Internet und den Tourismus. Das ist doch ein Angebot im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten. Wenn die Freien Wähler schon konstruktiv arbeiten wollen, sollten sie doch diesem Wirtschaftshaushalt zustimmen, meine Damen und Herren. Wenn sie das nicht können, sollten sie keine Zusammenarbeit anbieten, weil solche Angebote das Papier nicht wert sind und weil sie inhaltsleer sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir kommen zu dem, was für Bayern notwendig ist. Bayern ist Opfer der weltweiten Wirtschaftskrise. Bayern steht aber, das sieht man an den Arbeitsmarktzahlen, besser da: Wir haben heute eine Arbeitslosigkeit von 5,2 %, im Bund sind es 8,6 %. Sogar unser schwierigster Regierungsbezirk Oberfranken hat eine Arbeitslosigkeit von 6,3 %. Das liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Deshalb wage ich die Behauptung, dass Bayern als erstes und als bestes Bundesland auch wieder aus der Krise herauskommen wird, wenn wir die Möglichkeiten und Chancen nutzen, die jetzt bestehen. Da nenne ich als erstes die solide Finanzpolitik. Seit 2006 haben wir einen ausgeglichenen Haushalt. Wir werden sicherlich auch in Schwierigkeiten kommen; die Arbeitslosigkeit wird zunehmen, die Steuereinnahmen werden abnehmen, aber Bayern ist mit Sicherheit auch weiterhin an der Spitze der Länder, was die Solidität in der Finanzpolitik angeht. Unsere Regierungskoalition steht zu dieser Solidität.

Nachdem ich in früheren Regierungen in der Verantwortung war, möchte ich dazu sagen: Wir haben der jetzigen Regierung Rücklagen in der Größenordnung von 5 Milliarden Euro hinterlassen. Nur deshalb ist es möglich, in den nächsten zwei Jahren den Haushalt auszugleichen. - Mir geht es nicht darum, mir selbst Lorbeerkränze zu flechten, aber diese Tatsache möchte ich im Protokoll des Landtags gerne verankern.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Huber, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Erwin Huber (CSU): Ja. - Beeilen Sie sich ein bisschen.

Dr. Leopold Herz (FW): Herr Huber, Sie haben großzügig Ihre Politik gelobt. Haben Sie dabei die Sache mit der Landesbank schon vergessen oder wie verhält es sich damit?

Erwin Huber (CSU): Fällt Ihnen denn wirklich nichts Neues ein?

(Harald Güller (SPD): Das ist doch immer wieder gut!)

Kein Mensch geht an diesem Desaster der Landesbank vorbei. Ich bin doch der größte Leidtragende dieses Desasters im politischen Bereich. Aber ich jammere dennoch nicht. Wenn es jedoch um die wirtschaftliche Zukunft Bayerns geht, fällt Ihnen nichts anderes ein, als in einer Zwischenfrage nach der Landesbank zu fragen. Das ist jämmerlich, das ist mickrig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt möchte ich noch ein paar Sätze zum schnellen Internet sagen, weil hierzu auch Legenden gebildet werden. Die jetzige Regierung wird gelobt, weil sie die Förderansätze verdoppelt. Das heißt, das vorher schon etwas da war.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Als ich den Nachtragshaushalt 2008 im Hohen Hause vorgelegt habe, waren darin die ersten 10 Millionen enthalten. Die ersten 10 Millionen habe ich dem Hohen Hause im Januar 2008 vorgestellt. Im Jahr 2007 habe ich die Breitbandinitiative gestartet. Ich bleibe bei der Behauptung: Der Ausbau der Infrastruktur und der Betrieb des schnellen Internets sind und bleiben auch in der Zukunft Aufgabe der Wirtschaft. Wir treten mit Finanzierungen und Fördermitteln dort ein, wo der Markt versagt, wo der ländliche Raum nicht bedient wird. Ich halte es aber für falsch, eine Reverstaatlichung dessen zu betreiben, was in den Neunzigerjahren privatisiert worden ist. Außerdem kann das auch die Wirtschaft besser. Wir helfen hier mit finanziellen Mitteln nach. Wir haben jetzt ungefähr 45 Millionen Euro zur Verfügung; das wird in den nächsten Jahren dazu beitragen, dass wir die ländlichen Räume auch damit versorgen können.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Staat und Gemeinden diese Thematik jetzt zusammen angehen, werden wir das Ziel der flächendeckenden Versorgung in den nächsten zwei, drei Jahren erreichen. Bayern hat - das ist ein großer Vorteil - jetzt auch wieder bescheinigt bekommen, zusammen mit Baden-Württemberg Innovationsstandort Nummer eins in Deutschland zu sein. Forschung und Entwicklung, innovative Produkte, innovative und kreative Menschen sind die größte Schatzkammer, die wir für

die Zukunft haben. Dazu trägt die Bildungspolitik genauso bei wie die unternehmensnahe Forschung.

Ich möchte noch drei Punkte nennen, bei denen ich Handlungsbedarf sehe.

Erstens. Der Mittelstand klagt über die schwierige Kreditversorgung. Die KfW und die LfA haben hier mit dem Schirm einen guten Beitrag geleistet. Ich sehe aber auch, dass alle unsere Banken die Zinssenkungen, die von der Europäischen Zentralbank ausgelöst wurden, nur sehr zögerlich weitergeben und auch nicht im Gleichgewicht weitergeben. Die Haben-Zinsen werden schnell gesenkt, während die Soll-Zinsen noch oben bleiben. Man sollte die jetzige Situation nicht dazu nutzen, die Bankenbilanzen zu verschönern, sondern man sollte die Senkung der Zinsen durch die Notenbank dazu nutzen, um die Kreditversorgung des Mittelstandes und der Wirtschaft zu verbessern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Ich glaube, man kann aus heutiger Sicht sagen, dass die Erhöhung der Lkw-Maut falsch war. Wir bekennen uns zur A 94, zur dritten Startbahn und zum Donauausbau, um das als CSU deutlich zu sagen.

Ich sage aber auch dazu: Ich halte das, was Herr Tiefensee in Berlin macht, für ein Bremsen. Herr Tiefensee ist im Grunde genommen einer, der gerade Bayern benachteiligt.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Quatsch! Das stimmt doch nicht! Das stimmt einfach nicht!)

- Natürlich. Der Anteil Bayerns an den Verkehrsmitteln ist recht unterschiedlich und wird dem Transitcharakter des Landes nicht gerecht. Tiefensee benachteiligt den Freistaat Bayern.

Drittens. Wir brauchen in der Tat einen Befreiungsschlag in Sachen Bürokratie. Ich möchte nur ein Beispiel herausgreifen, nämlich die Fahrpersonalregelung durch die Europäische Union. Es kann nicht sein, dass Regelungen, die für das Speditionsgewerbe sinnvoll sind - die Aufbewahrung der Aufzeichnungen für 28 Tage - auf jeden Handwerksbetrieb in gleicher Weise angewandt werden. Wir müssen für den Mittelstand einen Befreiungsschlag bei der Bürokratie machen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Huber, kommen Sie bitte zum Schluss. Sie haben Ihre Redezeit überzogen.

Erwin Huber (CSU): Ein letzter Satz: Dieser Haushalt ist ein Ausdruck von Investitionsfähigkeit, von Stabilität und Zukunftsfähigkeit. Deshalb stimmen wir diesem Haushalt zu.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Dr. Paul Wengert (SPD): Weiter so!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Huber bleiben Sie bitte am Mikrofon. Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung gibt Herr Kollege Dr. Runge ab.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Huber, zunächst zu Ihrer Bemerkung, die GRÜNEN wären Verhinderer von Verkehrsgroßprojekten. Wir zeigen zu allen Vorhaben, im SPNV wie im Fernverkehr, Alternativen auf. Herr Kollege Winter, Sie müssen ganz still sein. In Ihrem Bezirk wurden viele leere Versprechungen gemacht. Gerade der Bahn-Ausbau bei Augsburg oder die Elektrifizierung in Nordostbayern sind nicht zu erreichen, wenn Sie sich immer dafür einsetzen, dass Milliarden für sinnlose Großprojekte ausgegeben werden, zum Beispiel für die Strecke Nürnberg - Erfurt durch den Gottesgarten und den Thüringer Wald.

Herr Kollege Huber, über Ihre Ausführungen zur Maxhütte können wir nur lachen. Sie haben gerade als Lösung gepredigt, was mein Vorgänger, Herr Kollege Kamm, und ich jahrelang gepredigt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Damals haben Sie immer gegengehalten. Sie sollten unseren Vorschlägen viel öfter folgen. Ich erinnere nur an das Gezerre zum Mittelstandsförderungsgesetz. Damals haben Sie sich erst nach unserem Anstoß bewegt. Bei der Haftungsfreistellung im Mittelstandskreditprogramm haben wir lange auf einen Ausbau drängen müssen. Irgendwann hat dann die Staatsregierung den gleichen Vorschlag eingebracht. Ähnlich war es bei der Regionalförderung oder beim genannten Mittelstandskreditprogramm. Zunächst halten Sie dagegen; dann finden Sie es gut und verkaufen es als Ihre Lösung.

Sie stellen sich heute frech hin - ich kann es nicht anders sagen - und behaupten, Bayern sei ein Opfer der Wirtschaftskrise. Bei der Bayerischen Landesbank sollte man eher von Tätern und nicht von Opfern sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben den Kollegen der Freien Wähler mit der Bemerkung abgemeiert, ob ihm nichts Besseres einfalle. Herr Ex-Minister Huber, hier wurden 10 Milliarden Euro vergeigt. Aus Ihrem Munde ist eine solche Bemerkung nichts anderes als frech. Sie sollten sich anders verhalten und eher Buße tun.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte, Herr Kollege Huber.

Erwin Huber (CSU): Grüne Verkehrspolitik - wenn es das überhaupt gibt - würde uns keine modernen Verkehrsmittel bescheren, sondern uns auf die Fahrräder zurückwerfen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD - Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist peinlich, Herr Huber!)

Wer die A 94 von München nach Passau ablehnt, nimmt diesem Raum die Verkehrsader. Sehen Sie sich einmal an, was auf der B 12 los ist. Ein moderner Verkehrsausbau be-

deutet auch mehr Sicherheit. Den Verkehr aus den Orten herauszuführen, bringt auch mehr Umweltschutz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie lehnen die dritte Startbahn ab. Heute haben Sie sogar erklärt, Sie lehnten das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit München - Berlin ab. Das ist doch die größte Zukunftsblindheit, die es überhaupt geben kann.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass die Menschen von München nach Berlin bis vor kurzem noch länger gebraucht haben als in den Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts. Hier müssen moderne Verkehrsverbindungen geschaffen werden. Das ist eine Aufgabe der Zukunft. Die GRÜNEN sind gegen Flughäfen, gegen Straßen, gegen Schienen und den Ausbau der Wasserstraßen. Sie sind gegen alles; damit sind Sie auch gegen die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zur Landesbank habe ich bereits lange und ausführlich Stellung genommen. Hier gibt es nichts zu beschönigen. Das war ein Desaster; das ist gar keine Frage. Aber zu behaupten, hier handle es sich um eine singuläre Entwicklung der Bayerischen Landesbank, ist falsch, vor allem vor dem Hintergrund der weltweiten Entwicklung bei den Banken. Sie zeichnen ein einseitiges Bild und beweisen, dass es Ihnen lediglich um eine parteipolitische Auseinandersetzung geht und nicht um Ihre Sorge um die Landesbank.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Dr. Beyer, bevor ich Ihnen das Wort zu einer weiteren Zwischenbemerkung erteile, darf ich auf der Tribüne einen Ehrengast begrüßen. Ich heiße den ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Herrn Erwin Teufel, sehr herzlich bei uns willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir denken noch gerne an die gute Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Bayern während Ihrer Amtszeit zurück und auch an Ihr herausragendes Engagement im Dienste der Bürger.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Kollege Dr. Beyer, Sie haben das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Huber, Sie haben dankenswerterweise am Schluss Ihrer Rede bezüglich der Landesbank das Wort "Desaster" in den Mund genommen. Das ehrt Sie. Damit haben Sie deutlich gemacht, dass es hier nicht um Business as usual geht, sondern um die größte Fehlleistung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bayern seit dem Krieg.

(Beifall bei der SPD)

Sie mussten wegen dieser Fehlleistung Ihr Amt zurückgeben. Das ist in einer Demokratie, in der Ämter auf Zeit vergeben werden, selbstverständlich, aber für Sie natürlich bedauerlich. Sie haben aber vorhin erklärt, Sie hätten die größten Auswirkungen dieser Landesbankkrise damit selbst geschultert. Nein. Diese Auswirkungen tragen die Bürgerinnen und Bürger in Bayern, denen bei den nächsten Haushalten ein drastischer Kürzungskurs verordnet werden wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir diskutieren im Wahljahr natürlich etwas gröber. Sie und ich wissen, dass im letzten Jahr eine Rekordsumme an Mitteln für den Bundesfernstraßenbau nach Bayern geflossen ist. Das gefällt Herrn Dr. Runge nicht. Wir halten das jedoch für gut und richtig. In diesem Jahr waren es über eine Milliarde Euro. Sie wissen wahrscheinlich auch - andernfalls stelle ich Ihnen die Unterlagen zur Verfügung -, dass Frau Staatssekretärin Karin Roth erklärt hat, dass Bayern noch viel mehr Mittel hätte erhalten können, wenn

die bayerische Verwaltung, also auch die Autobahndirektionen, schneller, besser und richtiger planen würden als beispielsweise bei der A94.

(Widerspruch bei der CSU und der FDP)

Sie brauchen auf meine Ausführungen nicht groß zu erwidern. Wir stellen Ihnen die Informationen gerne zur Verfügung. Herr Kollege Weidenbusch, Sie haben momentan eine andere Baustelle zu bearbeiten. Informieren Sie sich bitte.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Huber bitte zur Erwiderung.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte dazu zwei Bemerkungen machen.

Bayern ist Opfer, weil wir weltweit große Verluste bei den Exporten haben. Ich verweise auf den Einbruch bei der Automobilindustrie. Ich begrüße die Abwrackprämie und deren Verlängerung. Diese Prämie kommt aber nicht so sehr den bayerischen Produzenten zugute, höchstens den Händlern. Bei den Nutzfahrzeugen haben wir einen Einbruch um 90 %. Viele Automobilzulieferer befinden sich bereits in großen Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten werden bedauerlicherweise noch zunehmen.

Die Entwicklung der Konjunktur ist unterschiedlich. Bei der Bauwirtschaft zeigen sich heute positive Entwicklungen. Diese werden durch das Konjunkturpaket unterstützt. Auf anderen Feldern wird es jedoch leider eine Zunahme der Arbeitslosigkeit geben. Heute gibt es in Bayern mehr Kurzarbeit als Arbeitslose. Das ist kein gutes Zeichen.

Aus diesen Gründen habe ich gesagt, dass Bayern Opfer ist. Deshalb war ich auch entrüstet, als von einem Kollegen der Hinweis auf die Landesbank kam. Ich glaube, dass es jetzt um die Sorgen der Menschen geht. Ein kleinkarierter parteipolitischer Kampf schreckt die Menschen von der Demokratie ab.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Dr. Thomas Beyer (SPD): Stellen wir ihn ein!)

Ich möchte eine weitere Bemerkung machen: Wir sollten die Inflationsängste der Bürger ernst nehmen. Die Zunahme in der Bauwirtschaft hängt damit zusammen, dass heute viele Menschen in Immobilienwerte flüchten. Ich halte dies nicht für gerechtfertigt. Der Euro ist heute eine starke Währung. All jene, die vor zehn Jahren Angst um die Zukunft des Euro hatten, müssten heute froh sein, den Euro zu haben; denn das Beispiel des britischen Pfundes zeigt, dass eine einzelne Währung nicht so stabil wie die große europäische Gemeinschaftswährung ist.

Natürlich haben wir von Berlin etwas mehr Geld für den Verkehrsausbau bei Straße und Schiene bekommen. Allerdings ist auch die Maut mit einer Milliarde Euro hinzugekommen. Wir haben aber auch insgesamt mehr aus dem Bundeshaushalt erhalten. Aber bei einem bleibe ich: Verkehrsminister Tiefensee bedient Bayern außerordentlich unterdurchschnittlich. Er sieht nur die Magistrale Nürnberg - Erfurt, aber als es beispielsweise um die Elektrifizierung der Strecke München - Lindau gegangen ist, hat es ewig gedauert, bis eine Entscheidung gefallen ist. Auch die Strecke nach Mühldorf wird in keiner Weise dem Verkehrsaufkommen und dem Bedarf entsprechend bedient.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Auch die Tatsache, dass die Strecke München - Augsburg - Neu-Ulm im Bundesverkehrswegeplan so weit hinten steht, entspricht nicht der Bedeutung dieses Vorhabens. Bei Herrn Ministerpräsidenten Teufel möchte auch ich mich bedanken, und zwar für die gute Zusammenarbeit zwischen Bayern und Baden-Württemberg. Der Bau der Strecke Stuttgart - Ulm - Augsburg - München - Budapest gehört zu den ganz großen gemeinsamen Aufgaben unserer zwei Länder.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Huber, wir waren bei Ihnen mit der Redezeit etwas großzügig. Tatsächlich haben wir auch noch etwas Zeit, weil die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Diese wird in einer Viertelstunde

durchgeführt. Für den letzten Beitrag in dieser Runde erteile ich Herrn Staatsminister Martin Zeil das Wort.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst für die von allen Seiten des Hauses geführte lebhafte Debatte bedanken. Sie zeigt, dass wir um die richtigen Lösungen ringen und versuchen, dieser schwierigen Situation gerecht zu werden. Bei den Koalitionsfraktionen möchte ich mich für die Anregungen und die wohlwollende Begleitung der Arbeit der Staatsregierung bedanken.

Herr Kollege Huber, ich möchte noch einmal unterstreichen, was Sie zum Thema Staatswirtschaft gesagt haben. Unsere Ansätze sind hier völlig deckungsgleich, weil wir hier als Treuhänder der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler stehen und jeden Fall für sich sehr genau betrachten müssen. Genau das tun wir, und wir tun es in sehr enger Abstimmung mit den Institutionen, die hier im Spiel sind.

Völlig zu Recht haben Sie weiter die Kreditversorgung angesprochen. Das Thema bereitet uns in der Tat Sorge. Tatsächlich dürfen wir als Staat von den Banken, wenn wir sie unterstützen und abschirmen, als Gegenleistung erwarten, dass sie nicht krisenverschärfend handeln, sondern ihren Beitrag leisten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir müssen weiter vorausblicken und auf Bundes- und EU-Ebene - die Staatsregierung hat das in gemeinsamer Arbeit von Finanzministerium und Wirtschaftsministerium bereits angestoßen - die Konsequenzen ziehen. Denn wir haben uns zu ganz anderen Zeiten ein Korsett an Regelungen - ich erwähne nur Basel II - angelegt, das jetzt krisenverschärfend wirkt. Hier müssen wir schnell handeln, bis hin zur Verbesserung der Bilanzregeln, damit insbesondere der Mittelstand nicht in Mitleidenschaft gezogen wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es war auch richtig, dass der Freistaat Bayern - hier bin ich für die Unterstützung dankbar - der Lkw-Maut nicht nur nicht zugestimmt hat im Gegensatz zu anderen, sondern dass wir auch gesagt haben, die Aussetzung der Lkw-Maut wäre in mancher Hinsicht wirksamer als manche Gießkannen-Programme, weil sie über die eigene Branche hinaus in den Mittelstand hineinwirkt. Deswegen werden wir da auch nicht lockerlassen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir werden als Staatsregierung selbstverständlich - Herr Kollege Muthmann, der nicht mehr hier sein kann, hat es vorhin schon gesagt - den Bürokratieabbau vorantreiben. Dabei werden wir auf den vorhandenen Konzepten aufbauen. Ich wiederhole aber, weil wir vorhin kritisiert worden sind: Es nützt nichts, wenn jede Ebene vor sich hinwurstelt. Wir brauchen die Verzahnung der Bemühungen auf EU-Ebene, auf Bundesebene - wir hatten heute den Normenkontrollrat hier - und auf Landesebene, sonst tun wir hier im Kleinen etwas und es kommt die nächste EU-Richtlinie, die auf Bundesebene wie üblich 1 zu 1,50 umgesetzt wird, und Leidtragender ist der Mittelstand. Dieses Spiel muss beendet werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Herr Kollege von und zu Lerchenfeld hat über die Rahmenbedingungen gesprochen, die wir verbessern müssen. Wir haben gestern im Kabinett einen konkreten Weg, die ganz entscheidende Wettbewerbsverzerrung bei der Mehrwertsteuer zulasten unserer Tourismusbetriebe in Hotellerie und Gastronomie zu bereinigen, beschlossen. Meine Damen und Herren, ich wäre schon daran interessiert, in dieser Frage die Unterstützung der SPD nicht nur in diesem Hause, sondern dort, wo entschieden wird, nämlich in Berlin, zu erhalten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Herr Kollege Wengert, ich wiederhole gern meine Aussage, weil es mir ein Herzensanliegen ist, dass das zwischen uns endlich einmal klar ist. Sie wollten mich über das

Thema der sozialen Marktwirtschaft belehren. Ich sage Ihnen: Als Ihre Partei vor dem Godesberger Programm noch hinter der roten Fahne des Sozialismus hergerannt ist, stand die FDP bereits für die soziale Marktwirtschaft, sodass ich von Ihnen wirklich keine Belehrungen brauche.

(Beifall bei der FDP - Unruhe bei der SPD)

Sie haben Taten angemahnt und gesagt, wir bräuchten weitere Konjunkturprogramme. Ich darf Ihnen vorlesen, was der Bundesfinanzminister, mit dem ich sonst nicht immer einer Meinung bin, heute gesagt hat. Ich zitiere die Meldung:

> Trotz der wirtschaftlichen Krise lehnte Steinbrück ein weiteres Konjunkturpaket ab. Würde sich der Staat noch weiter verschulden, könne er eine neue Krise auslösen.

- Das ist genau unser Punkt. Wir haben in Bayern gesagt, wir ziehen Investitionen vor, aber wir wollen nicht den Marsch zurück in die Schuldenpolitik.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Deshalb werden wir bei unserem Konzept bleiben, zumal wir, Herr Kollege Wengert, die Maßnahmen des Bundes, wenn wir das zusammenrechnen, bereits 1,7 Milliarden Euro über zwei Jahre mittragen, ohne uns verschulden zu müssen wie andere Bundesländer. Ich meine, wir tun das Richtige. Wir haben die richtigen Konzepte, und wir werden an dieser Politik festhalten.

Herr Kollege Wengert, Sie haben wie auch andere Kolleginnen und Kollegen über das Thema Breitband gesprochen. Dazu möchte ich sagen, wir können und dürfen uns hier nur innerhalb der Vorgaben der EU und des Bundes bewegen. Wenn es um die Breitbandgeschwindigkeit geht, dann haben wir vor allem im gewerblichen Bereich selbstverständlich zugelassen, dass Gemeinden, wenn der Bedarf vorhanden ist, im Rahmen der Ausschreibung eine höhere Übertragungsgeschwindigkeit verlangen können. Sie können gern mit uns auf Bundesebene das GAK-Programm ändern; aber solange dieses Programm nicht geändert ist, werden wir die Vorgaben beachten. Herr Kollege Wengert,

es ist auch nicht so, dass die Gemeinden das billigste Angebot annehmen müssen. Sie müssen das wirtschaftlichste Angebot annehmen, und da gibt es, was die Ausschreibungsvorgaben angeht, einen breiten Gestaltungsspielraum. Ich bin dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags sehr dankbar, dass er unsere neue Initiative so wohlwollend begleitet.

Herr Kollege Wengert hat weiter die Vergabe durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft angesprochen. Dazu darf ich Ihnen sagen, die Vergabekriterien sind in Bayern nicht anders als in anderen Bundesländern. Man handelt nach dem Vergaberecht. Vergeben wird an den günstigsten Anbieter, wobei selbstverständlich Qualitätskriterien wie Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit eine Rolle spielen. Deshalb sind die Dinge, die Sie im Hinblick auf das Tarifrecht angesprochen haben, von den Tarifpartnern zu lösen und nicht im Rahmen des Vergaberechts. Das wollte ich Ihnen noch einmal der Vollständigkeit halber sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal betonen, die beiden nächsten Jahre werden nicht einfach, ich warne aber erneut vor Schwarzmalerei. Es hilft uns keinen Schritt weiter, wenn wir in der Krise in Weltuntergangsstimmung verfallen. Nein, wir müssen jetzt alle Kräfte mobilisieren, Zukunftsfähiges verteidigen und Neues gestalten. Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in Bayern sind für die Herausforderungen überdurchschnittlich gut gerüstet. Das gemeinsame Ziel der Staatsregierung ist es, dafür zu sorgen, dass Bayern gestärkt aus der Krise hervorgeht und den nächsten Aufschwung anführt. Dafür steht dieser Doppelhaushalt. Ich darf mich sehr herzlich für die Unterstützung durch die Koalitionsfraktionen bedanken. Dieser Haushalt trägt dazu bei, den Abschwung zu stoppen und die Basis für neues Wachstum zu legen. Ich bitte deshalb das Hohe Haus um Zustimmung zum Einzelplan 07.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Staatsminister, ich darf Sie bitten, sich für zwei Zwischenbemerkungen bereitzuhalten. Zuerst hat sich Kollege Wörner für die SPD-Fraktion gemeldet.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Staatsminister, Sie haben geglaubt, uns darüber belehren zu müssen, dass Sie mit Ihren Vorstellungen von sozialer Marktwirtschaft vor dem Godesberger Programm liegen. Dazu muss ich Ihnen aus der Sicht eines Arbeitnehmers folgende Frage stellen: Wer war und ist nach wie vor für den Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten? Wer ist für die Einschränkung des Mitbestimmungsrechts? Wer stand in den Jahren, in denen Sie im Bund etwas zu sagen hatten, immer auf der sozialen Bremse und hat Arbeitnehmerrechte zerstört? Wenn Sie vom Godesberger Programm und der roten Fahne reden, muss ich Ihnen sagen, dass Sie und vor allem Herr Westerwelle die Zerstörer des Sozialstaates per se waren. Wenn Sie das heute umkehren, können Sie es nur damit erklären, dass Sie und ich von Sozial möglicherweise ein unterschiedliches Verständnis haben.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ich darf daran gleich anknüpfen. In der Tat habe ich diesen Eindruck. Herr Kollege, es gibt nichts Unsozialeres, als die Sozialsysteme ohne Reform an die Wand zu fahren. Es gibt nichts Unsozialeres, als den nächsten Generationen nichts als Schulden zu hinterlassen.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund verstehen wir die soziale Marktwirtschaft. Ich weiß es noch aus dem Bundestag: Wenn der Arbeitsmarkt flexibilisiert werden soll, um denjenigen, die keine Arbeit haben, den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, sprechen Sie von Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten.

(Ludwig Wörner (SPD): Billiglöhne!)

Das ist in der Tat ein anderes Verständnis, weil wir dafür kämpfen, dass jeder das bekommt, was das Sozialste ist, nämlich einen Arbeitsplatz.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für eine zweite Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Dr. Runge das Wort.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Eine von der Landtagsspitze und der Landtagsverwaltung aus umgekehrt zeitökonomischen Gründen gewünschte Zwischenbemerkung will ich gerne machen, Herr Minister Zeil.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Niemand von uns verbreitet hier Weltuntergangsstimmung. Wir wollen aber, dass bestimmte Szenarien durchgespielt werden. Möglicherweise wird es uns allen nicht gelingen, den Abschwung zu verhindern. Also müssen wir uns und die Leute auf den Abschwung einstellen.

Selbstverständlich nehme ich die mir unverhofft zuteil gewordene Zusatzzeit wahr, um ein wenig das bisher zu kurz gekommene Feld der Verkehrspolitik in zwei Beziehungen auszuleuchten. Wir finden es gut, dass sich die Landtagsmehrheit diesmal unserem Antrag anschließen konnte, wonach der Bayerische Landtag stärker in die Generierung des Verkehrsdurchführungsvertrags eingebunden werden sollte. Wir haben beschlossen, dass wir noch einmal eingeschaltet werden, bevor darüber entschieden werden soll, welche Verhandlungspartner als Letztverhandlungspartner ausgewählt werden sollen. Selbstverständlich werden wir auch noch einmal eingeschaltet, bevor der Vertrag dann abgeschlossen wird. Das ist eine sinnvolle Verbesserung.

Genauso halten wir es für sinnvoll, dass mittlerweile ein großer Teil der Regionalisierungsmittel - etwa 90 % - in die Bestellung von Zugkilometern einfließt. Damit indirekt korrespondierend müssen wir feststellen, dass die ÖPNV-Zuweisungen, die damals zu

Zeiten von Koch und Steinbrück gekürzt worden sind, bedauerlicherweise noch nicht kompensiert wurden. Hier sind noch einmal Hausaufgaben nachzuholen.

Ein letzter Punkt ist das elendige Gezerre um die Realisierung der SPNV-Infrastruktur. Ich bin hier wieder in Schwaben und schaue den hinter Ihnen sitzenden Ministerpräsidenten mit seinen Versprechungen an. Ich zitiere noch einmal die Bundesregierung, unter anderem ein Schreiben an den Kollegen Oswald im Bundestag. Die Bundesregierung hat hier geschrieben:

> Die Länder sind als Aufgabenträger des SPNV gehalten, gemeinsam mit der DB-Netz die Entscheidung über den Ausbau der Strecken zu treffen. Es ist ausdrücklich nicht vorgesehen, dass der Bund hier Einfluss ausübt.

Beenden Sie also endlich dieses Schwarzer-Peter-Spiel und diese Schuldzuweisungen. Neben dem Bundesschienenwegeausbaugesetz gäbe es genügend Möglichkeiten. Es gäbe die Mittel nach dem FAG, es gäbe die Landesmittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz oder die regulären Haushaltsmittel. Vieles wäre möglich. Man muss nur wollen.

(Zurufe von der CSU: Redezeit!)

Vielleicht haben Sie es noch nicht gemerkt, es geht darum, die Redezeit zu strecken, damit Sie hier nicht noch zwei Stunden bis zur Abstimmung sitzen müssen. Sie müssten eigentlich ausnahmsweise froh darüber sein.

(Georg Schmid (CSU): So interessant ist das auch nicht, was Sie sagen!)

Ein letzter Satz. Hier müssen Sie sich einig werden. Man muss nur wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Runge, Sie haben gesagt, Landtagsverwaltung und Landtagsspitze hätten um mehr Zeit gebeten. Für die Landtagsverwaltung möchte ich das natürlich zurückweisen. Die Landtagsspitze wollte der

vollbesetzten Besuchertribüne nur eine lebendige Debatte bieten. Zusätzlich hatten wir durch die späte Anmeldung der namentlichen Abstimmung durch die SPD-Fraktion ein bisschen Zeit zu überbrücken, denn sonst wäre es sehr unübersichtlich geworden. Herr Minister, ich glaube aber, dass Sie die Redezeit auch gut nützen können.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, lieber Herr Dr. Runge, ich bin natürlich dankbar dafür, dass Sie mir noch einmal Gelegenheit geben, auf eine große Sorge in der Verkehrspolitik aufmerksam zu machen. In der Tat war ich sehr erschrocken, als ich gesehen habe, wie unterfinanziert unsere Verkehrswegepläne sind. Für die Schiene liegt die Hauptzuständigkeit nun einmal beim Bund. Ich nehme dankbar und interessiert auf, dass die Grünen im Gegensatz zu ihrer Regierungszeit in Berlin auf die Finanzausstattung der Verkehrswegepläne ein größeres Augenmerk richten als damals.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

In der Tat dürfen wir nicht nur, wie zum Teil seit vielen Jahrzehnten, über wichtige Projekte reden und dies vor allem vor gewissen Wahlterminen, denn dann dauert es wieder so lange, bis überhaupt etwas vorwärtsgeht.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): 30 Jahre!)

Wir müssen gemeinsam dafür sorgen - dazu lade ich Sie auch ein -, dass wir nach der Bundestagswahl Verbesserungen bekommen. Vor allem brauchen wir in Berlin endlich wieder einen Verkehrsminister - darin möchte ich mich Herrn Kollegen Huber anschließen -, der die bayerischen Interessen stärker berücksichtigt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Lassen Sie mich auch noch etwas zur Schwarzmalerei sagen. Ich habe den Eindruck, dass unsere Bürgerinnen und Bürger sehr viel besonnener mit der Situation umgehen als manche Politiker. Sie gehen gelassen und mit dem nötigen Realismus in diese schwierige Phase. Unsere Aufgabe als Politiker ist es, dass wir ihnen das nötige Ver-

trauen geben und dass wir die richtigen Schritte tun. Das tut diese Staatsregierung, und deswegen darf ich Sie noch einmal bitten, ein Zeichen zu setzen und diesen Etat einstimmig anzunehmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Ich danke allen Debattenrednern. Ich komme nun zur Abstimmung. Sie wird namentlich durchgeführt. Seit der Anmeldung haben wir mehr als 15 Minuten debattiert, sodass wir jetzt zur Abstimmung kommen können.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/360 mit 16/374 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/951 zugrunde.

Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/951 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist Einzelplan 07 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.30 bis 15.35 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch zehn Sekunden. Sind alle Stimmkarten abgegeben? - Das scheint der Fall zu sein. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt. Wir fahren zwischenzeitlich in der Tagesordnung fort.

(...)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

(siehe Anlage 4)

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der GRÜNEN und Zustimmung der anderen Fraktionen ist dieser Antrag angenommen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/951, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/369 und 371 mit 374 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 07 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 01.04.2009 zu Tagesordnungspunkt 17: Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (Drucksache 16/951)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. **Barfuß** Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. **Beckstein** Günther			
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Dr. **Bertermann** Otto	X		
Dr. **Beyer** Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. **Bulfon** Annette	X		
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz	X		
Dr. **Dürr** Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. **Fischer** Andreas	X		
Dr. **Förster** Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver			
Jung Claudia		X	
Kamm Christine			
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. **Kirschner** Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. **Männle** Ursula	X		
Dr. **Magerl** Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. **Merk** Beate	X		
Meyer Brigitte			
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. **Pauli** Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. **Rabenstein** Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. **Runge** Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa		X	
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. **Söder** Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig	X		
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. **Weiß** Bernd			
Dr. **Weiß** Manfred	X		
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell			
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. **Zimmermann** Thomas	X		
Gesamtsumme	100	68	0

Zu Tagesordnungspunkt 17

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung
   (Kap. 07 04 Tit. 892 72)
   (Drs. 16/360)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Erhöhung der Mittel für private Unternehmen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung
   (Kap. 07 04 TG 72 Tit. 892 72)
   (Drs. 16/361)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Breitbandausbau in ganz Bayern beschleunigen
   (Kap. 07 04 neue TG 73 „Breitbandförderung“)
   (Drs. 16/362)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Programm zur Umstellung von elektrischen Nachtspeicherheizungen auf moderne Heiztechnik und/oder erneuerbare Energien
   (Kap. 07 05 neuer Tit.)
   (Drs. 16/363)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens beenden
   (Kap. 07 05 neue TG 74)
   (Drs. 16/364)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Zuschüsse zur Förderung der rationellen Energiegewinnung und -verwendung
   (Kap. 07 05 Tit. 893 75)
   (Drs. 16/365)

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Abdeckung der Risiken von Fehlbohrungen bei der Nutzung der Erdwärme
   (Kap. 07 05 Tit. 892 76)
   (Drs. 16/366)

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Unterstützung von Kommunen bei Wiederinbetriebnahme und Erhaltung von Kleinwasserkraftwerken
   (Kap. 07 05 Tit. 893 76)
   (Drs. 16/367)

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2009/2010;
   hier: Erhöhung der Zugbestellungen zur Erhöhung der Taktdichten im Schienenpersonennahverkehr
   (Kap. 07 07 Tit. 682 03, Kap. 07 05 TG 71 - 72)
   (Drs. 16/368)

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
    Haushaltsplan 2009/2010;
    hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Abdeckung der Risiken von Fehlbohrungen bei der Nutzung von Erdwärme
    (Kap. 07 05 Tit. 892 76)
    (Drs. 16/370)